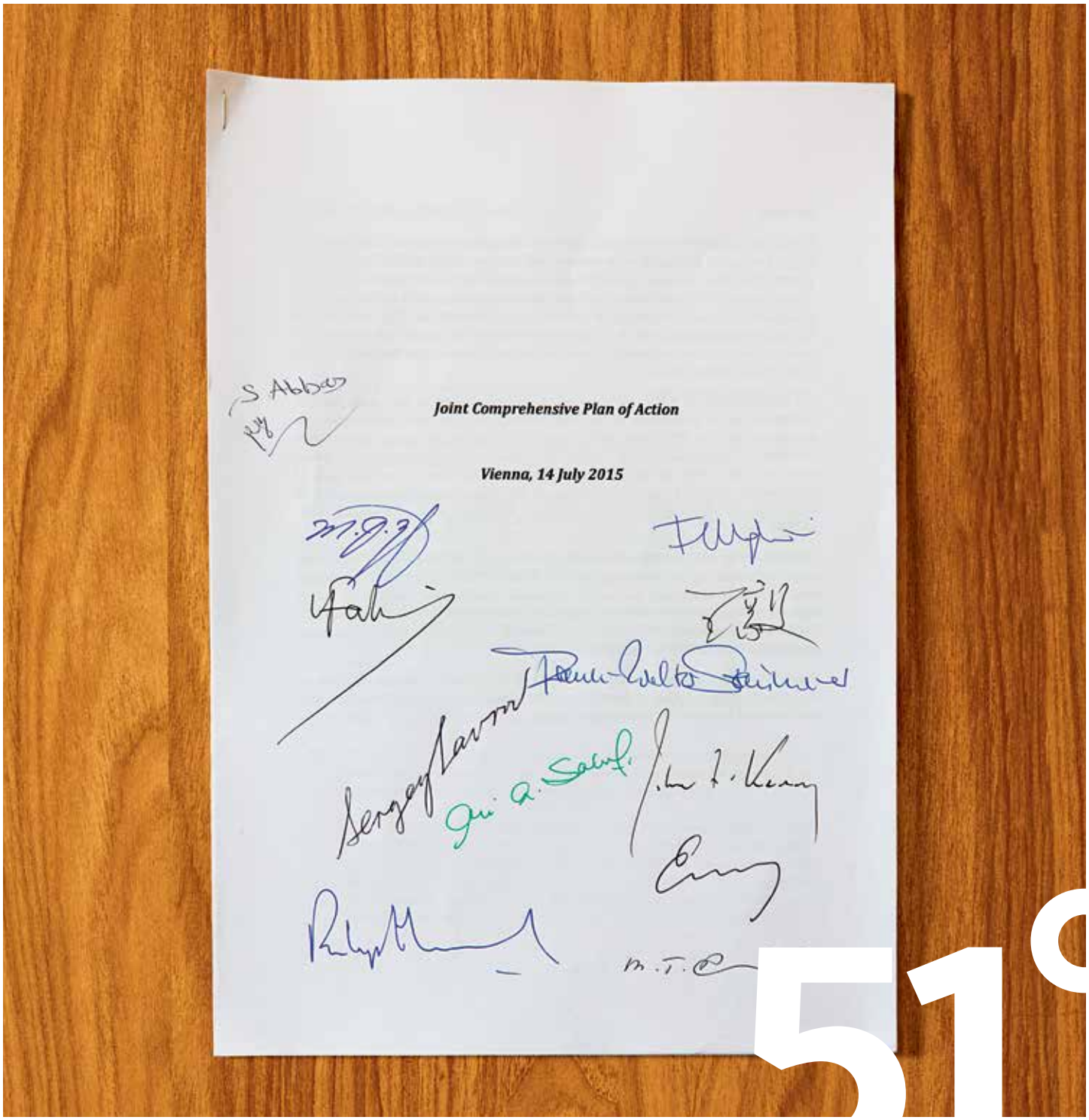
AUSHANDELN



519

EDITORIAL

Eine von allen getragene Lösung mit größtmöglichem Nutzen für jeden? Ein gemeinsamer Nenner, der nicht der kleinste ist, sondern ein größeres Gut? Das erreicht man aus unserer Sicht nur durch AUSHANDELN. Dieser Begriff beschreibt daher auch unser Selbstverständnis als Stiftung wie kaum ein anderer: In unseren Projekten und Partnergesellschaften bringen wir unterschiedliche Akteure an einen Tisch, um gemeinsame Wege für unsere Ziele zu finden. Dies geschieht in Netzwerken, auf Plattformen, in Räten und Denkwerkstätten, zum Beispiel bei der Agora Energiewende oder im Rat für Kulturelle Bildung. Weil uns Aushandeln so wichtig ist, haben wir es zum übergeordneten Thema der zweiten Ausgabe unseres neuen Magazins gemacht.

Auf eine große, gemeinsame Lösung wird es Ende dieses Jahres in Paris ankommen, wenn die 21. UN-Klimakonferenz einer weiteren Verschärfung des Klimawandels entgegenwirken soll. Was passieren muss, um ein neues, von allen Staaten der Erde getragenes Klimaschutzabkommen auszuhandeln, erzählt die Titelgeschichte.

Dieses Heft beleuchtet aber auch viele andere Facetten von Aushandeln: Schon kleine Kinder handeln alltägliche Dinge mit ihren Spielgefährten aus. Im sich wandelnden China prallen die Lebenspläne junger Erwachsener nicht selten auf die traditionellen Vorstellungen ihrer Eltern. Und Integration in unsere heterogene Gesellschaft wäre ohne ständige Aushandlungsprozesse nicht möglich.

VIEL FREUDE BEI DER LEKTÜRE UNSERES MAGAZINS!

WINFRIED KNEIP
Geschäftsführer

DR. MARKUS PIDUHN
Kaufmännischer Geschäftsführer

DR. WOLFGANG ROHE
Geschäftsführer

MICHAEL SCHWARZ
Geschäftsführer

51° TITEL

NACH JAHRELANGEM RINGEN HABEN SICH DIE FÜNF UN-VETOMÄCHTE UND DEUTSCHLAND MIT DEM IRAN AUF EIN ATOM-ABKOMMEN GEEINIGT. DAS TITELBILD ZEIGT DIE UNTERSCHRIFTEN DER AUSSENMINISTER.

Fotos: Titel: Thomas Imo/Getty Images, Shutterstock; S. 2–3: Dorothee Deiß/Ostkreuz, dpa Picture-Alliance, Elias Hassos, George Stroud/Express/Getty Images; Infografik: S. 2–3: C3 Visual Lab

INHALT

TITEL
Warum die Welt am Jahresende gebannt nach Paris blickt
SEITE 4

ESSAY
Wie Integration in Deutschland gelingt – und wie nicht
SEITE 12

PICTORIAL
Was Orchestermusiker und Kamele verbindet
SEITE 16

REPORTAGE
Wie die Anfänge der EU ausgehandelt wurden
SEITE 18

MEINUNG
Was die EU heute lähmt
SEITE 24

FEATURE
Wie Chinesen übers Heiraten denken
SEITE 26

INTERVIEW
Weshalb Aushandeln schon für Kinder wichtig ist
SEITE 30

PORTRÄT
Welche Spielregeln beim politischen Aushandeln gelten
SEITE 32

IN EIGENER SACHE
SEITE 36

IMPRESSUM
SEITE 37

„Das KLIMA ist ein gemeinschaftliches Gut von allen und für alle.“

PAPST FRANZISKUS, AUSZUG AUS SEINER 2015 VERÖFFENTLICHTEN ENZYKLIKA

„Das meiste von dem, was Politiker am runden Tisch aushandeln, wird auf die lange Bank geschoben.“

HORST REHMANN, DEUTSCHER PUBLIZIST, MALER UND AUTOR VON KINDERBÜCHERN

„Wir beide, wie wir hier zusammensitzen, würden den Frieden an diesem Nachmittag aushandeln. Am Abend könnten die Menschen die Lichter anzünden.“

PABLO PICASSO, SPANISCHER MALER, GRAFIKER UND BILDHAUER (1881–1973) ZU ERNST JÜNGER

„Ein Kompromiss, das ist die Kunst, einen Kuchen so zu teilen, dass jeder meint, er habe das größte Stück bekommen.“

LUDWIG ERHARD, EHEMALIGER BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT (1897–1977)

„Es ist Unsinn, TÜREN zuzuschlagen, wenn man sie angelehnt lassen kann.“

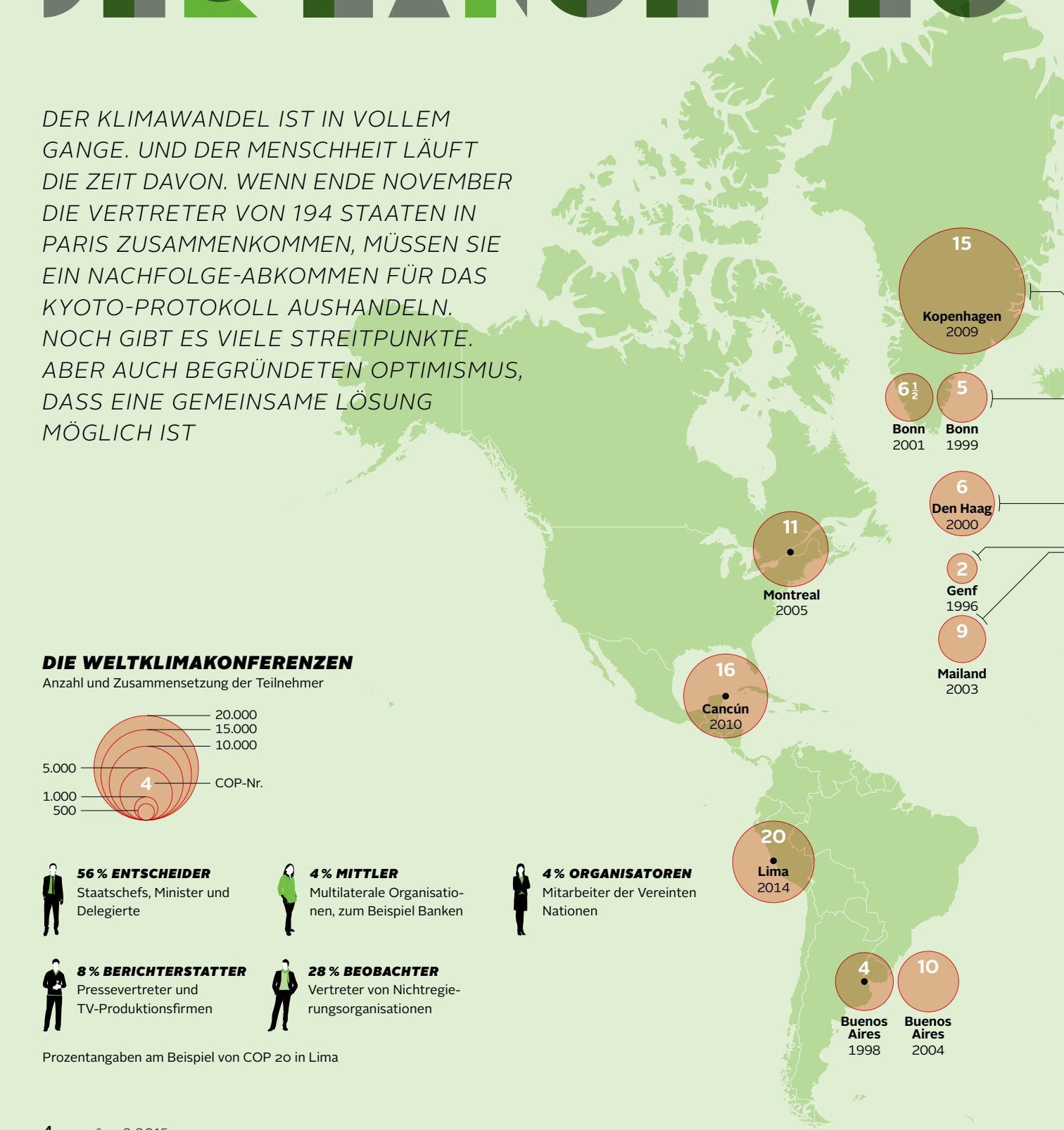
JAMES WILLIAM FULBRIGHT, US-POLITIKER DER DEMOKRATISCHEN PARTEI (1905–1995)

„Faule Kompromisse neigen dazu, weiterzufaulen.“

HANS-JÜRGEN QUADBECK-SEEGER, EHEMALIGER FORSCHUNGSVORSTAND DER BASF UND PRÄSIDENT DER GESELLSCHAFT DEUTSCHER CHEMIKER

DER LANGE WEG

DER KLIMAWANDEL IST IN VOLLEM GANGE. UND DER MENSCHHEIT LÄUFT DIE ZEIT DAVON. WENN ENDE NOVEMBER DIE VERTRETER VON 194 STAATEN IN PARIS ZUSAMMENKOMMEN, MÜSSEN SIE EIN NACHFOLGE-ABKOMMEN FÜR DAS KYOTO-PROTOKOLL AUSHANDELN. NOCH GIBT ES VIELE STREITPUNKTE. ABER AUCH BEGRÜNDETEN OPTIMISMUS, DASS EINE GEMEINSAME LÖSUNG MÖGLICH IST



DIE WELTKLIMAKONFERENZEN

Anzahl und Zusammensetzung der Teilnehmer

56 % ENTSCHEIDER
Staatschefs, Minister und Delegierte

4 % MITTLER
Multilaterale Organisationen, zum Beispiel Banken

4 % ORGANISATOREN
Mitarbeiter der Vereinten Nationen

8 % BERICHTERSTATTER
Pressevertreter und TV-Produktionsfirmen

28 % BEOBACHTER
Vertreter von Nichtregierungsorganisationen

Prozentangaben am Beispiel von COP 20 in Lima

NACH PARIS

Quelle: UNFCCC, Infografik: C3 Visual Lab

Nur wenn alle einen Beitrag leisten, kann der Klimawandel aufgehalten werden. Als wollte sie dies allen noch einmal vor Augen führen, schien die Sonne am 3. August besonders heiß über Washington, D.C., über dem Weißen Haus, über den grünen Wiesen des South Lawn. Dort, wo US-Präsident Barack Obama an diesem Tag seinen Klimaschutzplan unter freiem Himmel vorstellen wollte, war es so heiß, dass die Präsentation ins Innere verlegt werden musste. Glühende Hitze – welch passende Untermalung für das, was derzeit auf dem Spiel steht.

„Keine Herausforderung stellt eine größere Gefahr für uns und folgende Generationen dar als der Klimawandel“, sagte Obama im klimatisierten East Room vor Journalisten. Mit Auflagen für den nationalen Stromsektor wollen die USA ihren Treibhausgasausstoß bis 2030 um 32 Prozent im Vergleich zu 2005 senken. Dies sei der bedeutendste Schritt, den Amerika jemals im Kampf gegen den globalen Klimawandel getan habe, so Obama.

Klimaschützer sind sich einig, dass die USA als weltweit zweitgrößter CO_2-Sünder weitaus mehr tun könnten. Dass das Lob trotzdem groß ausfiel, liegt an dem Optimismus, den Obamas Ziele nähren. „Konkrete Maßnahmen wie der Clean Power Plan sind positive Signale für den UN-Klimagipfel in Paris“, sagt Lutz Weischer, Klimaschutzexperte bei der Nichtregierungsorganisation Germanwatch.

Ein solches Signal war bereits der Schritt Chinas, weltweit der größte CO_2-Produzent, sich Ende 2014 in einem Abkommen mit seinem Wirtschaftskonkurrenten USA zum ersten Mal vertraglich festzulegen, ab 2030 Emissionen zu verringern. Und auch das Bekenntnis der G7 im Juni, bis Ende des Jahrhunderts den weltweiten Ausstoß von Treibhausgasen auf null senken und ärmere Länder beim Klimaschutz unterstützen zu wollen, gehört dazu. Wenn ausgerechnet die USA, die nie dem Kyoto-Protokoll beigetreten sind, China, das internationalen Verträgen grundsätzlich misstraut, und die G7 mit Kyoto-Aussteiger Kanada langfristige Zusagen machen, können sich die Mächte dann auch in Paris einigen? Nichts wäre wichtiger, wenn die mehr als 10.000 Delegierten und Beobachter aus insgesamt 194 Ländern dort am 30. November zusammenkommen. Innerhalb von zwölf Tagen wollen sie unter der Präsidentschaft Frankreichs das Nachfolge-Abkommen zum 2020 endenden Kyoto-Protokoll (II) aushandeln. Was wie ein Endpunkt wirkt, ist jedoch nur eine Zwischenstation im schwierigen Kampf um das Erdklima. Beobachter bezeichnen ihn auch als Marathon, das Ringen um ein Klimaabkommen gar als Kür diplomatischen Aushandelns. Denn es sind Nuancen, die über Erfolg und Niederlage von Paris entscheiden werden – und somit darüber, ob die Menschheit noch rechtzeitig vor den bedrohlichen Folgen der Erderwärmung beschützt werden kann.

Kaum jemand weiß das besser als Christiana Figueres. Die 59-jährige Costa Ricanerin ist seit der ersten Conference of the Parties (COP) 1995 in Berlin bei den Klimaverhandlungen dabei. Erst als Unterhändlerin ihres Landes, seit 2010 als Generalsekretärin des Sekretariats der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, kurz UNFCCC. Ihre Behörde kümmert sich um die Umsetzung der Konvention und des Kyoto-Protokolls, dokumentiert alle weiteren Bemühungen und organisiert alles rund um den Klimagipfel.

In dieser Position nutzt Christiana Figueres vor allem ihre Erfahrung und das Vertrauen, das sie als Angehörige eines Entwicklungslandes bei vielen Staaten genießt, um zwischen den Staaten zu vermitteln und für mehr Klimaschutz zu werben. Für sie steht der Impuls, der von einer Einigung in Frankreichs Hauptstadt ausgehen muss, im Vordergrund: „Wir brauchen ein klares Signal, dass sich die Regierungen für die nächsten 60 bis 70 Jahre verpflichten. Das wäre ein wichtiges Zeichen für Geldgeber und Unternehmen, in erneuerbare Energien zu investieren.“ Und Christiana Figueres fordert schnelles Handeln: „Die ersten konkreten Klimaschutzschritte müssen direkt nach Paris folgen, nicht erst, wenn das Abkommen 2020 in Kraft tritt.“ Wenige Wochen vor Paris ist Figueres’ Optimismus groß, dass sich die Staaten einigen. Allerdings wurde diese Hoffnung aller schon einmal tief enttäuscht. →

1995

COP 1 IN BERLIN

Erste Conference of the Parties unter Leitung von Bundesumweltministerin Angela Merkel. Deutschland wird Sitz des UNFCCC-Sekretariats.

1997

COP 3 IN KYOTO

Beschluss des ersten weltweiten Klimaabkommens (Kyoto-Protokoll) mit verbindlichen Zielwerten für den Treibhausgasausstoß in den Industrieländern.

2001

COP 7 IN MARRAKESCH

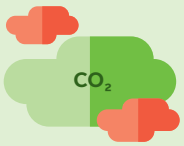
Beschluss der Regeln für die Umsetzung von Kyoto, etwa wie Wälder und Böden in die Klimabilanz eines Landes eingerechnet werden dürfen.

Foto: Martin Gerten/dpa Picture-Alliance; Infografik: C3 Visual Lab

DIE WELT VERÄNDERT SICH

Die Folgen des Klimawandels bis heute

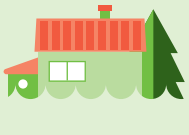
Menschliches Wirken ist für den Großteil der Erderwärmung seit 1951 verantwortlich.



Der CO_2-Ausstoß ist heute um rund 40 Prozent höher als zu vorindustriellen Zeiten.

Die Erdoberfläche hat sich zwischen 1880 und 2012 um 0,85 °Celcius erwärmt.

Das Eis der Arktis schmilzt seit 1979 im Schnitt um 3,8 Prozent pro Jahrzehnt.

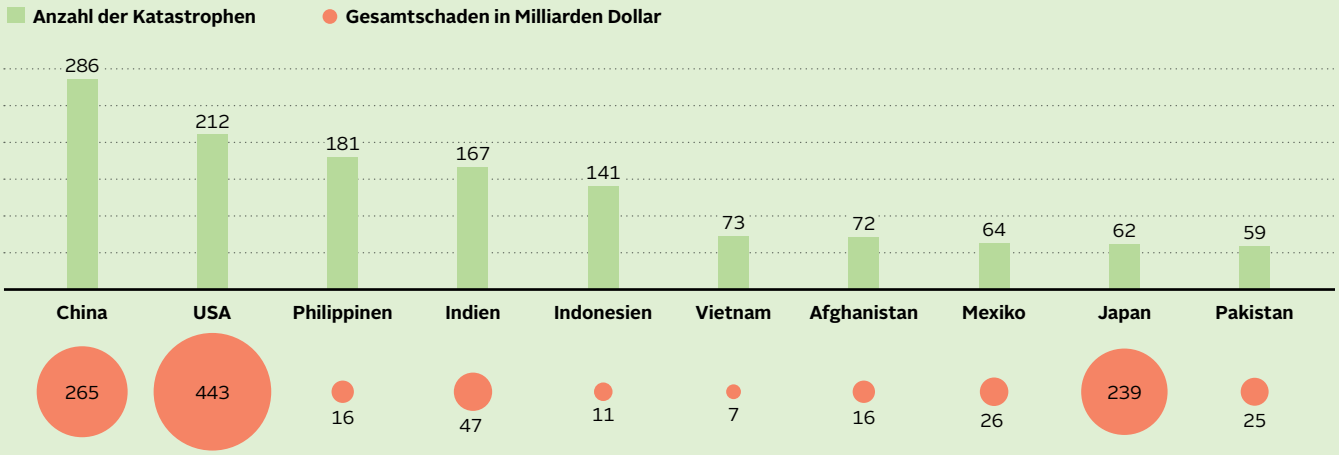


Der Meeresspiegel wird bis 2100 voraussichtlich zwischen 26 und 82 Zentimeter steigen.

Phänomene wie Hitzewellen und Starkregen häufen sich seit den 1950er-Jahren.

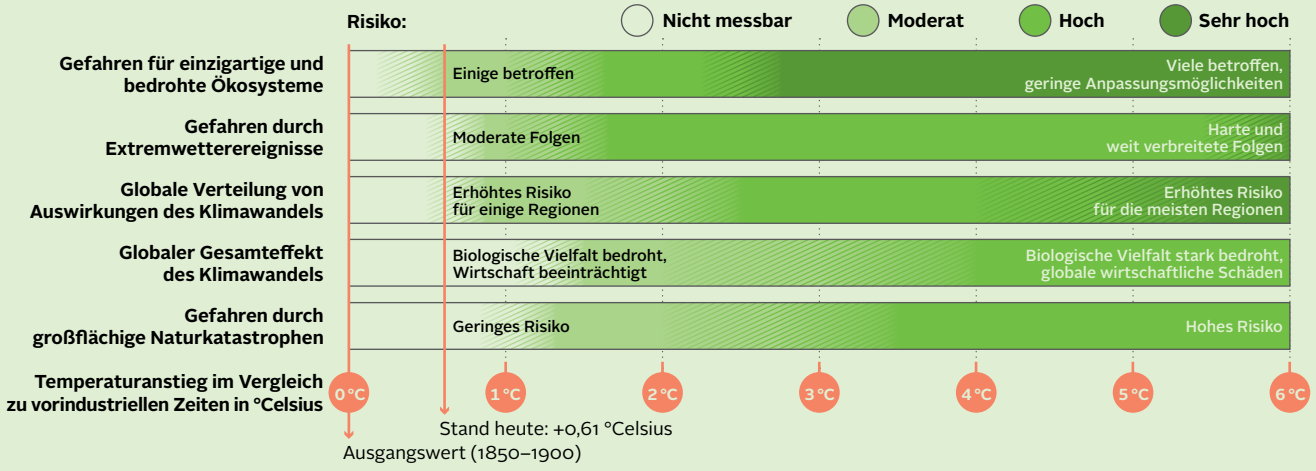
NATURKATASTROPHEN NEHMEN ZU

Am meisten betroffene Länder, 2005–2014



GRÜNDE ZUR BEUNRUHIGUNG

Die möglichen Folgen einer weiteren Erderwärmung



Quelle: Fünfter Sachstandsbericht des Weltklimarats, United Nations Office for Disaster Risk Reduction

→ Es ist bereits spät in der Nacht, als 2009 auf dem Gipfel in Kopenhagen die Fetzen fliegen: Aufgebracht zerreißen Delegierte die eng bedruckten DIN-A4-Zettel, die ihnen kurz zuvor in die Hand gedrückt wurden. Darauf steht der Text für das Nachfolge-Abkommen, wie ihn die Staatschefs von einem kleinen Zirkel aus rund 30 Mitgliedsländern zuvor in einem Hinterzimmer ausgetüftelt haben. Für die letzten beiden Tage der Konferenz waren unter anderem Angela Merkel, Barack Obama und der chinesische Premierminister Wen Jiabao nach Kopenhagen gereist; eigentlich nur, um über die Ergebnisse der Verhandlungen zu entscheiden. Doch statt einer fertigen Vorlage fanden sie fast 500 Seiten größtenteils ungeklärter Punkte vor.

Niemand wollte nach diesem Marathon ohne Ergebnis dastehen – ein Fehler. Denn viele Staaten fühlten sich übergangen und verweigerten dem ohne ihr Mitwirken formulierten Kompromissabkommen die Zustimmung. Und auch das Misstrauen zwischen China und den USA stand einer Einigung im Weg. Tief enttäuscht, teilweise zerstritten, reisten die Delegierten ab. Allerdings mit einer wichtigen Erkenntnis im Gepäck: Ein Klimaabkommen mit konkreten Regeln und Zielen auf einem einzelnen Gipfel auszuhandeln war eine naive Wunschvorstellung.

„Wir alle haben viel gelernt in Kopenhagen“, sagt Jennifer Morgan heute. Die US-Amerikanerin ist Direktorin des Klimaprogramms am World Resources Institute in Washington und Mitglied des deutschen Rats für Nachhaltige Entwicklung, der unter anderem die Bundesregierung berät. „Wegen Kopenhagen sprechen die Leute heute nicht von der ‚Road TO Paris‘, sondern von der ‚Road THROUGH Paris‘, also von einem Moment in einer längeren Transformation“, erklärt sie.

Seit Kopenhagen ist vieles anders: Transparenz und umfassende Beteiligung aller Staaten stehen über allem; Statements und Verhandlungsschritte werden per Internet teils in Echtzeit allen zugänglich gemacht. Und alles wird getan, um so viele Hürden wie möglich bereits vor der Konferenz aus dem Weg zu räumen. Ein 90-seitiger Verhandlungstext mit mehreren Formulierungsmöglichkeiten pro Vertragspunkt liegt seit Februar vor. Gastgeber Frankreich arbeitet unentwegt daran, die Delegierten regelmäßig zusammenzubringen, um die Anzahl strittiger Passagen zu verringern – und um gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. „Die Vertreter müssen die anderen Länder sehr gut kennen, um einschätzen zu können, wie weit diese überhaupt in den Verhandlungen gehen können“, erläutert Morgan.

Geht es um die Inhalte, schwindet allerdings der Optimismus – auch in Berlin. „Ich bin davon überzeugt, dass wir ein neues Abkommen unterzeichnen können“, sagt Ilka Wagner, die stellvertretende Leiterin der deutschen Delegation vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. „Die Frage ist jedoch, wie inhaltlich ambitioniert es am Ende sein wird.“ Denn Erwartungen und Einsatzbereitschaft klaffen noch weit auseinander: Reiche Industrieländer, aufsteigende Schwellenländer, arme Entwicklungsländer – sie alle haben ihre eigene politische Agenda, unterschiedliche wirtschaftliche Interessen und finanzielle Mittel.

Für Industrieländer wie Deutschland geht es vor allem um das Thema Emissionen: Auch Schwellenländer wie China und Brasilien sowie alle Entwicklungsländer sollen sich an konkrete Zahlen binden. In Kyoto war 1997 zum ersten Mal ein verbindlicher Zielwert zur Reduzierung des CO_2-Ausstoßes festgelegt worden: Die 5,2 Prozent galten allerdings nur für die Industriestaaten.

Beim jüngsten Gipfel Ende 2014 in Lima einigten sich die Länder immerhin darauf, dass alle bis Ende März 2015 konkrete Werte einreichen sollten, um die sie ihre Emissionen bis 2030 bereit sind zu senken. Stand Ende August haben erst 30 Staaten die sogenannten INDC (Intended Nationally Determined Contributions) eingereicht. Und allen Beteiligten ist klar: „Die nationalen Zusagen zur Reduzierung von Treibhausgasen, die bisher vorgelegt wurden, reichen nicht aus, um unter der Zwei-Grad-Grenze zu bleiben“, sagt Lutz Weischer. Diese beschreibt das Ziel, die Erderwärmung um nicht mehr als zwei Grad im Vergleich zu den Durchschnittstemperaturen zu Beginn der →

2003

COP 9 IN MAILAND

Beschluss des Clean Development Mechanism für „saubere Wirtschaftsentwicklung“. In der Folge von COP 9 ratifiziert Russland 2014 das Kyoto-Protokoll.

2005

COP 11 IN MONTREAL

Einigung auf „ergebnisoffene Gespräche über Maßnahmen zum Klimaschutz“. Damit können Aushandlungen über die Zeit nach Kyoto beginnen.

2006

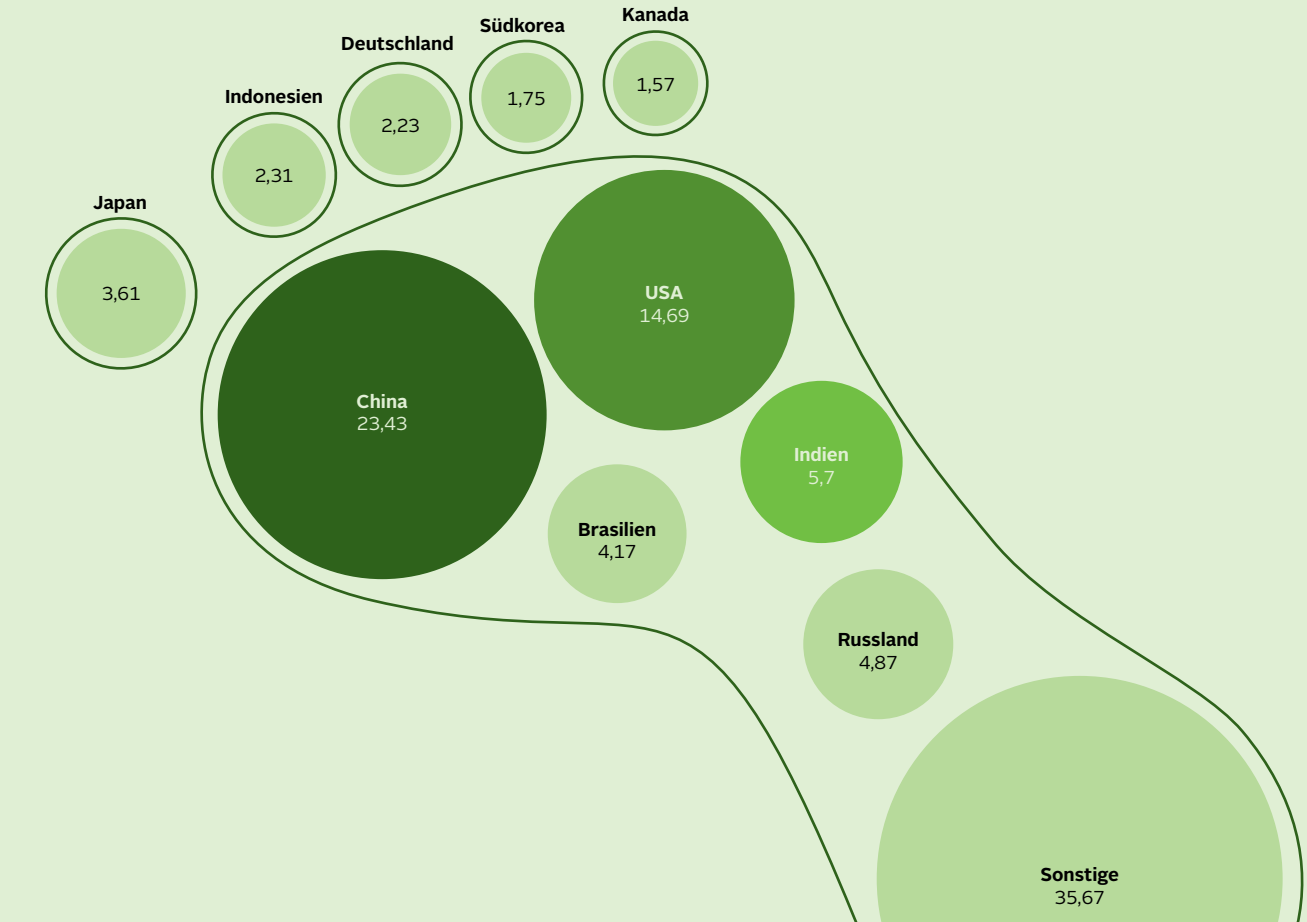
COP 12 IN NAIROBI

Gründung des Anpassungsfonds zur Unterstützung armer Länder. Industrieländer sind bereit, ihre Bemühungen zum Klimaschutz prüfen und bewerten zu lassen.

Foto: Matteo Bazzi/epa/dpa Picture-Alliance; Infografik: C3 Visual Lab

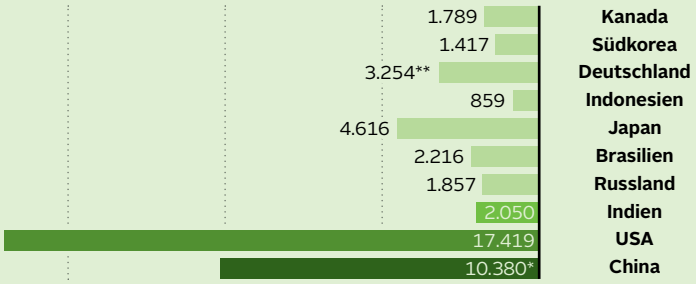
ÖKOLOGISCHER FUSSABDRUCK DER ZEHN GRÖSSTEN KLIMASCHÄDIGER

Anteil am weltweiten CO_2-Ausstoß in Prozent



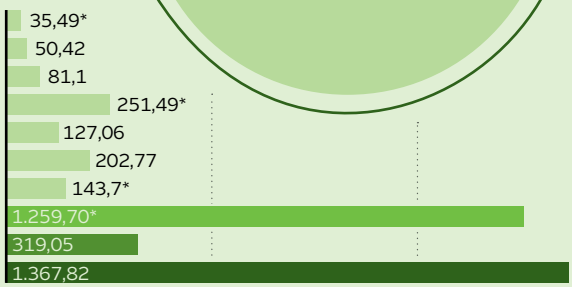
WIRTSCHAFTSKRAFT

BIP in Milliarden US-Dollar, 2014



BEVÖLKERUNG

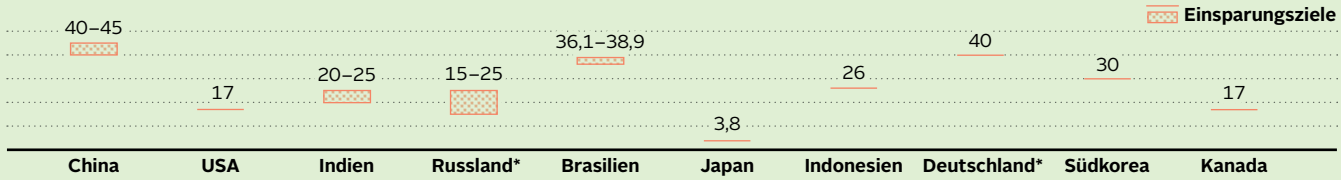
in Millionen Einwohnern, 2014



(*geschätzt, **umgerechnet)

VERÖFFENTLICHTE KLIMASCHUTZZIELE

Einsparung an Treibhausgasen bis 2020 im Vergleich zu 2005 (*Ausnahmen: 1990), Angaben in Prozent



Quelle: Statista, Germanwatch, EIA, Internationaler Währungsfonds, UNFCCC

→ Industrialisierung ansteigen zu lassen. Aber: Laut Internationaler Energieagentur werden die energiebezogenen CO_2-Emissionen bis 2035 um 20 Prozent steigen. Dies hätte einen Temperaturanstieg von 3,6 Grad Celsius zur Folge.

Deutschland wird in den Verhandlungen von der EU vertreten – keine unproblematische Situation. „Wir versprechen uns von Paris, dass wir dort eine klare politische Richtlinie festlegen, die den weiteren Weg weist", sagt Ilka Wagner. „Dazu gehört auch ein konkretes Ziel wie der Abschied von den fossilen Energien bis zur Mitte des Jahrhunderts." Doch genau darüber ist die EU uneins: Erst kürzlich erklärte Polens Präsident Andrzej Duda, dass der Verzicht auf fossile Brennstoffe nicht im Interesse seines Landes sei. Polen gilt mit Deutschland, Großbritannien und Frankreich zu den tonangebenden Ländern in der EU-Gruppe, wobei sich die Franzosen als Konferenzvorsitzende in diesem Jahr komplett neutral verhalten werden.

Durch die Blockade Polens verliert die EU an Kraft als Treiber der Verhandlungen. Und auch die Tatsache, dass die Bundesregierung erst ein paar Schritte auf dem Weg zum nationalen Ausstieg aus der Kohleenergie zurückgelegt hat, sehen einige Beobachter kritisch. „Dass Deutschland an seinen eigenen Zielen zu scheitern droht, wird von den anderen Staaten sehr genau beobachtet", analysiert Lutz Weischer von Germanwatch.

Ein weiterer Streitpunkt auf dem Gipfel ist das Thema transparente Rechenschaftspflicht: Viele westliche Staaten fordern, dass die Mitglieder im Turnus von fünf Jahren darüber berichten, ob sie ihre Ziele geschafft haben, und sie dann bestenfalls erhöhen. Abgesehen davon, dass vor allem afrikanischen Ländern die Kapazitäten für ein Monitoring-System fehlen, wollen sich auch einige Schwellenländer nicht in die Karten schauen lassen. Ein Teufelskreis. Denn: „Die Industriestaaten sind nicht bereit, ihren CO_2-Ausstoß weiter zu reduzieren, wenn sie nicht wissen, ob ihre Konkurrenz auch mitmacht", sagt Jennifer Morgan.

Viele Entwicklungsländer stehen der Emissionsfrage ohnehin kritisch gegenüber. Morgan: „Es gibt für sie keine guten Beispiele, wie sie ihre Emissionsziele erreichen sollen." Ein wohlhabendes Industrieland wie Deutschland, das seinen Reichtum auf fossilen Brennstoffen aufgebaut hat und dank diesem nun in die erneuerbaren Energien investieren kann, eignet sich für sie nicht als Vorbild. Zum anderen halten es viele für einen wirtschaftlichen Nachteil, Ressourcen in den Klimaschutz zu stecken. Für sie geht es in Paris vor allem um die Finanzierung und Hilfe bei der Anpassung an den Klimawandel. Lutz Weischer: „Da wir den Klimawandel mit den jetzigen Zielen nicht aufhalten können, stellt sich die Frage: Was machen wir mit den Folgen der Erderwärmung? Und vor allem, was machen wir mit denen, die das Problem nicht verursacht haben und am verletzlichsten sind, weil sie arm sind?"

Bis 2030 sollen die Industrieländer den von der UN neu aufgelegten Green Climate Fund mit 100 Milliarden Dollar füllen. Wer wie viel einzahlt, ist noch völlig unklar. Deutschland hat bereits einen großen Posten von 750 Millionen Euro zugesagt; eventuell wird es sogar mehr, hieß es zuletzt aus dem Kanzleramt. Die Hoffnung ist, dass andere Nationen in Paris nachziehen. Aber bis zu den geplanten 100 Milliarden ist es noch ein weiter Weg.

Und noch ein zentraler Punkt ist ungeklärt: Was passiert, wenn sich ein Staat nicht an die Regeln des Abkommens und an seine Ziele hält? Es gäbe die Möglichkeit, Versäumnisse eines Vertragsstaates öffentlich zu machen und ihn darauf zu verpflichten, künftig mehr für den Klimaschutz zu tun. Ein solcher Sanktionsmechanismus müsste zwischen finanziell schwachen Entwicklungsländern und reichen Industriestaaten jedoch stark differenzieren.

Es gibt noch einige Hürden vor Paris – und viele für die Phase danach. Aber die Vorzeichen lassen auf eine Einigung hoffen. Und in einem Punkt sind sich viele Beobachter und Akteure einig. Jennifer Morgan: „Das Abkommen soll ein deutliches Signal senden, dass wir schneller zu einer CO_2-armen Weltwirtschaft hinkommen, als es derzeit der Fall ist."

AUTORIN Kathinka Burkhardt arbeitet als freie Journalistin

2009

COP 15, KOPENHAGEN

Die Konferenz endet ergebnislos. Erstmals kommt es am Rande einer Klimakonferenz zu Krawallen zwischen Demonstranten und Polizei.

2010

COP 16 IN CANCÚN

Beschluss der Zwei-Grad-Grenze und ihrer wissenschaftlichen Überprüfung bis 2015 sowie des Green Climate Fund ab 2020.

2015

COP 21 IN PARIS

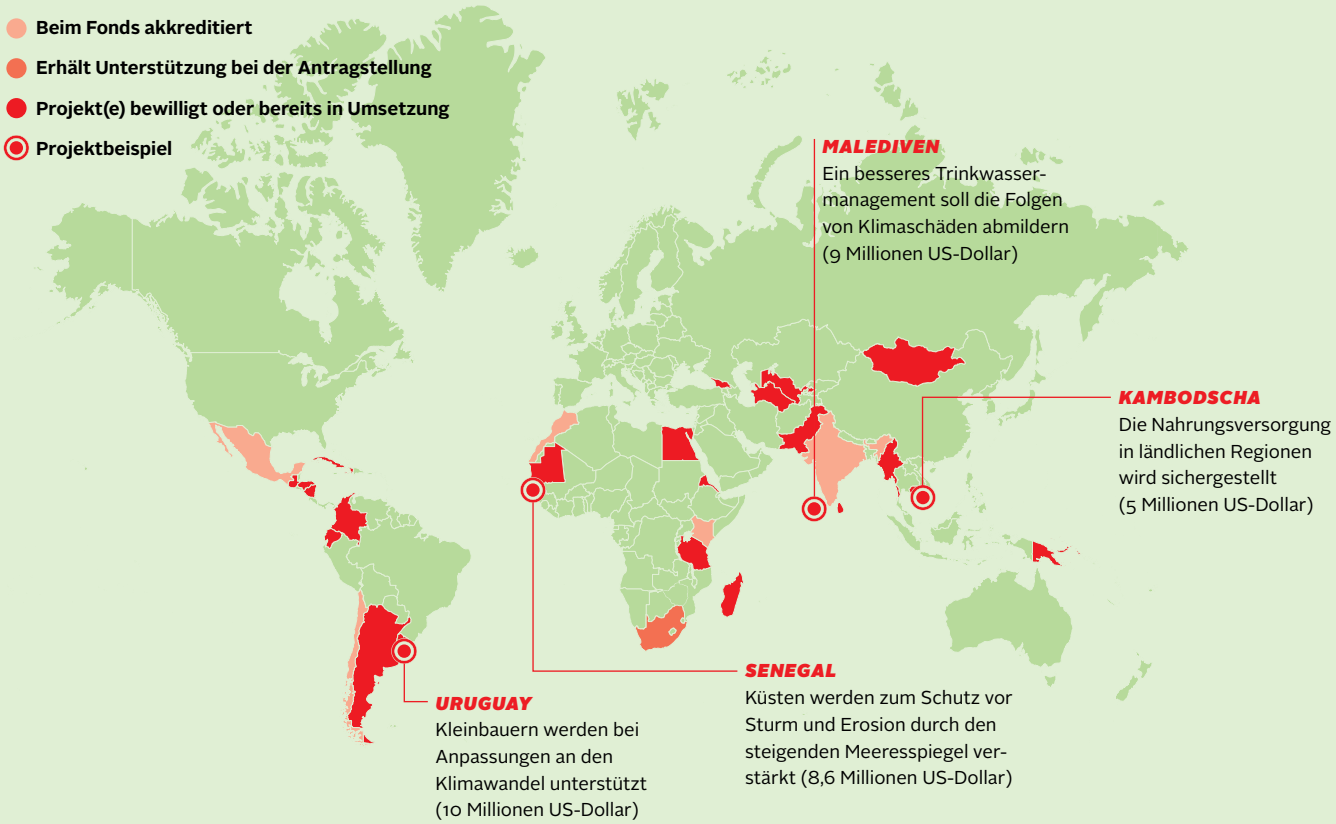
Die Welt blickt gebannt nach Paris: Gelingt es den Teilnehmern, eine neue internationale Klimaschutzvereinbarung zu verabschieden?

Foto: Daniel Pilar/laif; Infografik: C3 Visual Lab

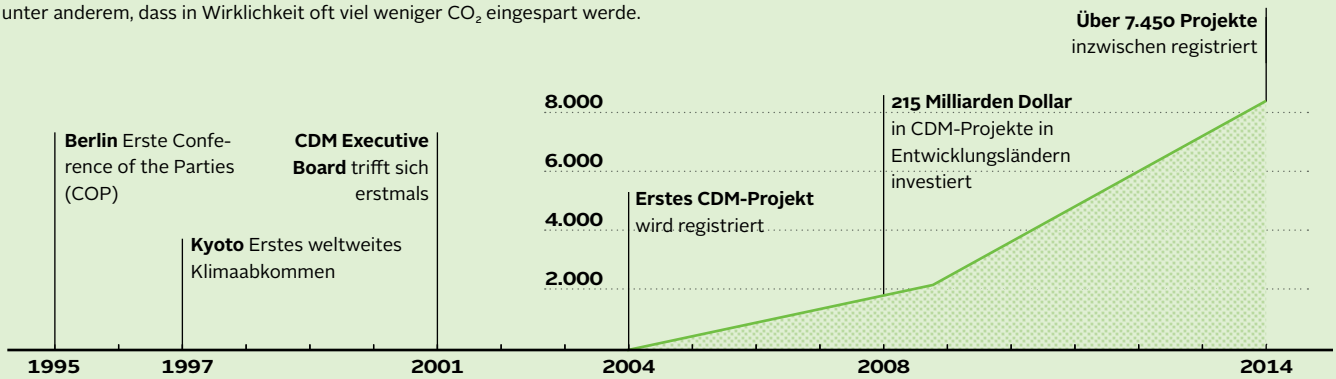
WAS AUSHANDELN BEWIRKEN KANN

Zwei Maßnahmen nach Beschlüssen auf Weltklimakonferenzen

Der Anpassungsfonds finanziert Projekte zur Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern. Die Grafik nennt exemplarisch vier davon. Finanziert wird der Fonds über den Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (siehe unten). Gemessen am Bedarf gilt er als noch zu leistungsschwach.



Über den Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (CDM) können Industriestaaten Projekte zur Treibhausgasreduktion in Entwicklungsländern finanzieren und sich die – voraussichtliche – Verringerung als eigene Reduktion gutschreiben lassen. Kritiker wie der WWF monieren unter anderem, dass in Wirklichkeit oft viel weniger CO_2 eingespart werde.



Quelle: UNFCCC

DAS NEUE WIR

SHISHA TRIFFT SCHLAND VOR EINEM CAFÉ IN BERLIN-NEUKÖLLN

Foto: Dorothee Deiß/Ostkreuz

OHNE AUSHANDELN KANN INTEGRATION IN UNSERER GESELLSCHAFT NICHT FUNKTIONIEREN, SCHREIBT DER SOZIOLOGE

ALADIN EL-MAFAALANI IM ESSAY

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Aus heutiger Perspektive erscheint diese Aussage fast schon tautologisch – aber sie war lange Zeit höchst umstritten. In einem geografisch definierten Raum findet quantitativ bedeutende Einwanderung, also ein auf Dauer angelegter internationaler Wechsel des Lebensmittelpunkts, statt – mehr bedeutet es eigentlich nicht. Obgleich Einwanderung seit den 1950ern stattfindet, hat diese Tatsache erst zur Jahrtausendwende den Weg ins (nationale) Bewusstsein geschafft. Seit einigen Jahren ist der Weg von einem Einwanderungsland hin zu einer Einwanderungsgesellschaft beschritten. Deutsche mit internationaler Geschichte sind in der Gesellschaft verwurzelt, gestalten aktiv mit und übernehmen Verantwortung. In Kunst und Kultur, Medien und Wissenschaft, Politik und Wirtschaft – sie sind nicht mehr zu übersehen. Dennoch ist der schon bestehende und sich beschleunigende gesellschaftliche Wandel noch nicht reflexiv erfasst worden. Er ist nicht im Bewusstsein verankert.

Ohne ein Bewusstsein dafür, was es bedeutet, eine Einwanderungsgesellschaft zu sein, ist man schnell verleitet zu meinen, es würde mit der Integration immer schlechter gehen. Wer einmal ein paar Minuten darüber nachdenkt, ob es Migrantinnen und Migranten in Deutschland im Hinblick auf die Wohnverhältnisse, die Bildungs- und Karrierechancen oder die politische Partizipation vor 20 oder 40 Jahren besser ging als heute, der kann nur zu einem der beiden Ergebnisse kommen: Entweder man wird zugeben müssen, dass man gar nicht weiß, wie es damals war – was bei Älteren nicht selten der Fall, aber dennoch bemerkenswert wäre –, oder man stellt fest, dass es nie besser war als heute. Auch bei der Frage, ob es in den Großstädten Europas und Nordamerikas friedlicher und sicherer ist als hierzulande, müsste man Unwissen eingestehen oder den deutschen Städten ein gutes Zeugnis ausstellen. Fragt man sich, welche deutschen Großstädte am stärksten durch Menschen mit internationaler Geschichte „belastet“ sind – wenige würden wissen, dass wir von reichen Städten wie München und Stuttgart sprechen. Damit hätten wir drei Vergleichshorizonte beziehungsweise Maßstäbe exemplarisch dargestellt – erst durch solche kriteriengeleiteten historischen, inter- oder intranationalen Vergleiche lassen sich Zustand und Entwicklung qualifizieren. Aber wie sagen Journalisten so schön: Good news is bad news.

Daher sehen wir im Polit-Talk zu diesem Themenfeld in den vergangenen zehn Jahren immer wieder dieselben Sprecher. Die Sarrazins und Buschkowskys. Es handelt sich um zwei Namen, die sinnbildlich für eine Fehlwahrnehmung stehen, und zugleich um Repräsentanten eines nicht unerheblichen Teils der Bevölkerung. Sie sind sich durchweg darin einig, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört und es mit der →

Aladin El-Mafaalani ist Professor an der Fachhochschule Münster. Er lehrt und forscht zu den Themen Migration, Integration, Bildung und Jugend.

Gelungene Integration führt zu Konflikten. Vom Prinzip her eine wunderbare Sache

→ Integration nicht gut läuft. Interessanterweise sieht in Diskussionen fast jede/r neben ihnen blass aus. Warum? Weil sie vor dem Hintergrund einer selektiven Darstellung tatsächlich existenter Probleme zu einer Gesamtbewertung kommen, ohne den Maßstab dieser Bewertung offenzulegen. Aber natürlich haben sie einen – aber es ist keiner der oben genannten. Wer ihnen zuhört und dabei weniger auf den Inhalt, sondern vielmehr auf die im Subtext verborgene Haltung achtet, erkennt, dass es sehr persönliche Idealvorstellungen sind. Der eine orientiert sich an der Bonner Republik der 1970er, der andere scheint Bürgermeister von Münster oder Freiburg sein zu wollen. Die hippe Weltstadt Berlin, die mittlerweile mehr israelische Studierende anlockt als New York City, scheint beide zu überfordern. Berlin zeichnet sich allerdings nicht durch eine hohe Internationalität aus, sondern durch eine sehr hohe SGB-II-Quote, einen sehr schwachen Arbeitsmarkt sowie eine desolate Haushaltslage. Arm, aber sexy – keine schlechte Beschreibung.

Kurz gesagt: Ruhe und Provinzialität werden hier als zentrale Bedürfnisse artikuliert. Einwanderungsgesellschaften sind aber sehr dynamisch und immer auch etwas chaotisch. Und noch viel entscheidender: Sie sind konfliktreich! Die erste Generation der Einwandernden ist noch bescheiden und fleißig, beansprucht nicht volle Zugehörigkeit, hält sich insgesamt bedeckt. Die ersten Nachkommen beginnen sich an den Tisch zu setzen und beanspruchen einen Teil des Kuchens. Die dritte Generation will nicht nur ein Stück vom Kuchen, sondern den Kuchen mit auswählen. Was ist da über die Generationenfolge passiert: Integration im eigentlichen Wortsinn. Die Bedeutung und insbesondere die Folgen von Integration sind weitgehend nicht verstanden. Integration bedeutet, dass der Anteil der Menschen, die teilhaben können und wollen, wächst. Das bedeutet dann aber auch, dass der Anteil der Menschen, die ihre Bedürfnisse und Interessen artikulieren, wächst, dass die Konkurrenz auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie die Häufigkeit von Differenz- und Fremdheitserfahrungen zunehmen. Gelungene Integration führt zu Konflikten. Vom Prinzip her eine wunderbare Sache, wenn man sich vor Augen führt, dass die größten Innovationen in Kunst, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gesellschaftliche Konflikte als Ausgangspunkt hatten. Konstruktive Konfliktbewältigung ist ein Synonym für sozialen Fortschritt.

Gelungene Integration kann auch extremistische Tendenzen verschärfen – zumindest ist es eine Illusion, dass mehr Integration zu weniger Extremismus führt. Der Judenhass gründet sich nach wie vor auf den Erfolg dieser „Gruppe“, weshalb „ihr“ in Verschwörungstheorien sogar globale Steuerungsmacht zugeschrieben wird. Ein Blick in die USA oder die europäischen Nachbarn macht deutlich, dass sich dieses Phänomen nicht nur auf den Antisemitismus bezieht. Offenbar verdichtet und radikalisiert sich der rechte Rand durch erfolgreiche Integration. Als ein Schwarzer US-Präsident wird und Weiße an den Elite-Universitäten nicht mehr die Mehrheit bilden, gewinnt die Tea Party enorm an Zuspruch und Einfluss; in nahezu allen europäischen Einwanderungsgesellschaften kamen rechte Parteien ins Parlament, nachdem sich eine migrantische Mittelschicht etabliert hatte und People of Color begannen, die Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Mit der AfD und Pegida erkennen wir diese Entwick-

Foto: Felix Hüffelmann

lung nun auch in Deutschland. Diese Polarisierung findet in der religiösen Radikalisierung auf der „Gegenseite“ ihre Entsprechung. Die Einwanderungsgesellschaft ist komplex und konfliktreich. Deshalb ist nicht nur eine Willkommenskultur notwendig, sondern insbesondere eine konstruktive Streitkultur. Es geht darum, stetig die Interessen verschiedener Akteure abzuwägen und einander gegenüberzustellen, ohne die Interessen von Akteuren oder gar die Existenzberechtigung der Akteure selbst infrage zu stellen. Es geht darum, Konflikten (auch) etwas Positives abzugewinnen. Es geht darum, zu einem Ergebnis zu kommen, bei dem nicht eine Seite „gewinnt“, sondern sich die verschiedenen Parteien einigen. Einwanderungsgesellschaften sind Aushandlungsgesellschaften. Auf kommunaler Ebene funktioniert dies bereits ausgesprochen gut, weil sich dort die Verhandlungspartner gegenüberstehen. Schwieriger erweisen sich bundesdeutsche Fragestellungen wie: „Gehört der Islam zu Deutschland?“ Diese zweifelsfrei unklare Frage wird weder durch Merkel und Wulff noch durch Bosbach und Kauder abschließend beantwortet. Sie unterliegt einem Aushandlungsprozess – offenbar selbst in der CDU. Dass diese Frage überhaupt gestellt wird, ist ein Hinweis darauf, dass die deutsche Gesellschaft noch nie so weltoffen und integrativ war wie heute. Und gleichzeitig sehen wir, dass eine Streitkultur enorm voraussetzungsreich und anstrengend ist – so wie die Einwanderungsgesellschaft insgesamt.

Die Einwanderungsgesellschaft braucht vor allem eine konstruktive Streitkultur

Jedes Jahr kommt eine neue erste Generation. Dadurch wiederholen sich bestimmte Problemstellungen immer wieder. Gleichzeitig kommen immer wieder neue Herausforderungen hinzu. Fertig ist man nie. Es gibt Orte, die homogen bleiben, wohingegen andere Räume immer diverser werden. Superdiverse Stadtgebiete sind Orte der Überraschung. Aus diesem Grund sind sie bei einem Teil der Bevölkerung enorm beliebt und werden von einem anderen Teil stark abgelehnt. Überhaupt finden sich entgegengesetzte Interessen in allen Bevölkerungsgruppen und Schichten. Die Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen erreicht ein bisher nicht für möglich gehaltenes Ausmaß – ebenso die Anzahl der rassistisch motivierten Übergriffe. Einwanderungsgesellschaften zeichnen sich durch eine Vielzahl solcher asynchronen und asymmetrischen Entwicklungen aus. Das überfordert viele – insbesondere in ländlichen Räumen und ostdeutschen Großstädten. Denn dort wird die Einwanderungsgesellschaft überwiegend medial vermittelt erfahren. Und bisher galt: Bad news is good news. Aber auch in der Medienlandschaft wird zunehmend erkannt, dass Titelblätter wie „Unheimliche Gäste“ (Focus), „Gefährlich fremd“ (Spiegel) oder „Wie gefährlich ist der Islam?“ (Stern) weder mit seriösem Journalismus noch mit konstruktivem Diskurs zu tun haben.

In einem Einwanderungsland kann man sich noch eine Mehrheitsgesellschaft vorstellen, in der Menschen mit internationaler Geschichte nicht dazugehören, Rechtsextreme aber schon. In der Einwanderungsgesellschaft gehören natürlich die Tagesthemensprecherin und der ehemalige Vizekanzler dazu. Das neue „Wir“ muss anders bestimmt werden, ohne über Hautfarbe, Augenform, Haarstruktur und Herkunft sprechen zu müssen – denn das ist rassistisch. Das neue „Wir“ wird neu ausgehandelt – ergebnisoffen, wahrscheinlich chaotisch, aber in jedem Falle von so vielen unterschiedlichen Menschen wie noch nie. ◘

WOHLÜBERLEGT Wer leitet die Berliner Philharmoniker ab 2018? Die Presse wartet auf die Verkündung. Trotz elfstündiger Beratung hatten sich die 123 Musiker zunächst nicht einigen können. Erst im zweiten Wahlgang, sechs Wochen später, setzte sich Kirill Petrenko durch.

DEFTIG Aktivisten protestieren in München mit einer Hühnchen-Attrappe gegen das Freihandelsabkommen TTIP, das Europa und die USA derzeit aushandeln. Sie befürchten, dass sogenannte Chlorhühnchen aus US-Produktion auf dem Oktoberfest verkauft werden könnten.

Fotos: Stephanie Pilick/dpa Picture-Alliance, Christof Stache/AFP/Getty Images

GLAUBHAFT „Nur Nixon konnte nach China gehen“, hieß es nach dem Besuch des bekennenden Antikommunisten und US-Präsidenten beim damaligen Erzfeind im Jahr 1972. Dieser Schritt verlieh den Bemühungen der USA um diplomatische Entspannung Glaubwürdigkeit.

GETEILT In der militärischen Siedlung Panmunjeom wurde von 1951 bis 1953 – in 765 Konferenzen – das Ende des Koreakriegs ausgehandelt. Auch in den folgenden Jahrzehnten diente der Grenzübergang als Ort für Verhandlungen zwischen den verfeindeten Republiken.

Fotos: dpa Picture-Alliance, action press

KONSENS GESUCHT

Fotos: Divyakant Solanki/dpa Picture-Alliance, Matt Lutton/Invision/laif

HARTNÄCKIG Fünf Tage begutachten und handeln die Tiertreiber im nordindischen Pushkar auf dem traditionellen Kamelmarkt. Er besteht seit Jahrhunderten und gilt als der größte der Welt. Jedes Jahr im November zieht er Hunderttausende Menschen an.

GEMEINSAM Der Klimawandel und eine steigende Wassernachfrage belasten den Nil – das wichtigste Süßwasserreservoir Afrikas. Neun Anrainerstaaten kooperieren daher seit 1999 in der „Nilbeckeninitiative“, um eine nachhaltige Bewirtschaftung zum Nutzen aller zu fördern.

Fotos: Sedef Ozge/NarPhotos/laif, Andreas Gebert/dpa Picture-Alliance

VEREINT Aktivistinnen verschiedener Bewegungen demonstrieren am Weltfrauentag in Istanbul für mehr Gleichberechtigung. Gemeinsame Bündnisse sind angesichts ihrer politischen, ethnischen und kulturellen Unterschiede jedoch keine Selbstverständlichkeit.

DAGEGEN Ein „Wutbürger“ demonstriert bei Neuburg an der Donau gegen den geplanten Bau der umstrittenen Süd-Ost-Stromtrasse. Sie soll in Nordostdeutschland produzierten Windstrom nach Süddeutschland transportieren und gilt als wichtiger Baustein für die Energiewende.

GRENZKONFLIKTE, FREIHANDELSZONEN, INFRASTRUKTURAUSBAU – ES GIBT VIELE SITUATIONEN, IN DENEN AUSHANDELN ZUR ECHTEN HERAUSFORDERUNG WIRD

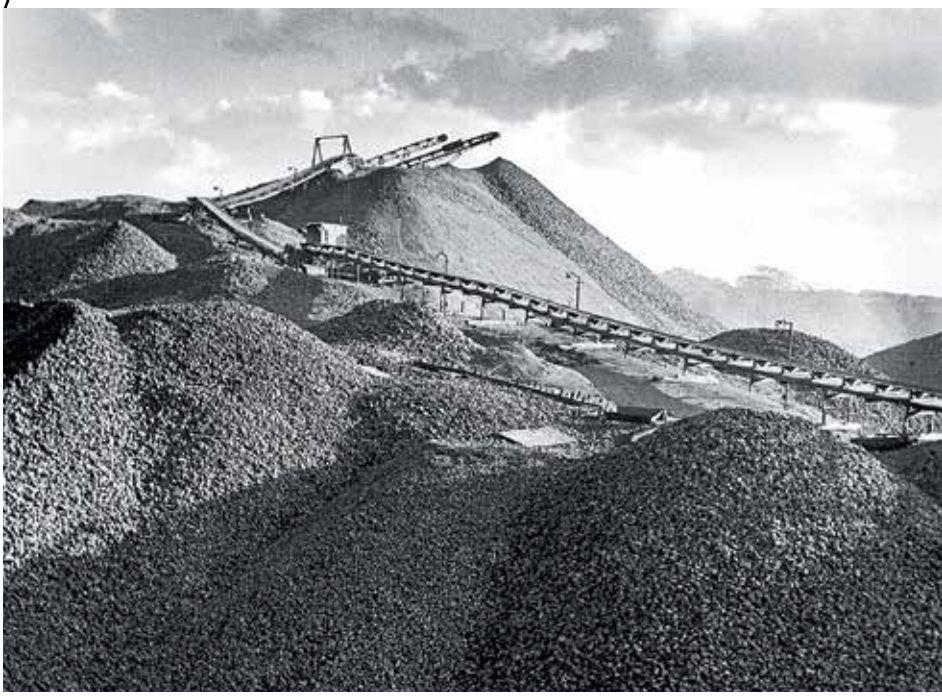
DIE WIEGE DER EU

DIE EUROPÄISCHE EINIGUNG WAR IMMER EIN HARTES AUSHANDELN VON KOMPROMISSEN – SCHON IN IHREN ANFÄNGEN MIT DER MONTANUNION. UND IM BESTEN FALL EINE GESCHICHTE VON MENSCHEN, DIE NACH AUSWEGEN AUS SACKGASSEN SUCHEN

SCHWARZ FÜR KOHLE, BLAU FÜR STAHL, STERNE FÜR DIE STAATEN – DIE FLAGGE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL, KURZ EGKS

Manchmal klingt das, was eine Welt verändert, erst mal eher trocken. Tonlos vielleicht, zögerlich. So, wie der französische Außenminister Robert Schuman an diesem Abend des 9. Mai 1950. Keine dramatische Rhetorik, die verrät, wie viel auf dem Spiel steht, welcher ungeheuerliche Vorschlag hier nur fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs präsentiert wird. Und die, die zuhören, begreifen erst langsam, was da gerade passiert.

Im Salon de l'Horloge des Außenministeriums warten mehr als 200 Journalisten darauf zu erfahren, warum sie zu einer spontanen Pressekonferenz von Robert Schuman eingeladen wurden. Unter sie hat sich ein untersetzter älterer Herr gemischt mit grauem Schnurrbart und beginnender Glatze – er gehört zu den wenigen im Saal, die wissen, was Schuman gleich vorschlagen wird. Er muss es wissen, denn es ist sei-



EINE KOHLEHALDE IM RUHRGEBIET DER 1950ER-JAHRE – UNTER KONTROLLE DER EGKS

EINE DEUTSCHE DELEGATION UM KONRAD ADENAUER (2. V. L.) MIT DEM FRANZÖSISCHEN HOCHKOMMISSAR ANDRÉ FRANÇOIS-PONCET (2. V. R.) 1951 IN PARIS

Fotos: Friedrich/Interfoto, Erich Lessing/akg-images

ne Idee. Neun Mal hat er den Text für diese Pressekonferenz mit seinen Mitarbeitern umgeschrieben – nur die Einleitung blieb immer gleich: „Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen. Der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, ist unerlässlich für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen.“ Für Jean Monnet ist klar: Der Friede Europas hängt davon ab, dass konkrete Probleme zwischen den Völkern gelöst werden. Nur so kann vielleicht irgendwann die Einheit Europas verwirklicht werden – nicht durch luftige Ideale, romantische Visionen oder eine große Einigungsbewegung.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sind 1950, nur fünf Jahre nach Kriegsende, immer noch angespannt. Deutschland wird wirtschaftlich wieder stärker, seine Kohle- und Stahlproduktion ist moderner, billiger und lange nicht ausgereizt; gleichzeitig ist Frankreich angewiesen auf Hüttenkoks-Importe aus dem Ruhrgebiet – von ihnen hängt der ehrgeizige Modernisierungsplan für die französische Industrie, der „Monnetplan“, ab. Außerdem machen die USA wegen der eskalierenden Ost-West-Spannungen Druck, die bisher defensive französische Deutschlandpolitik zu ändern. Deutschland, der unberechenbare Nachbar im Osten, gerade erst unter großen Opfern niedergekämpft, er wird wieder gebraucht und kann diplomatische Erfolge verbuchen. Schon wird von einer Wiederbewaffnung der Deutschen gesprochen, besonders die USA sind an einem Verteidigungsbeitrag Westdeutschlands im Kalten Krieg interessiert. Frankreich kann das alles nur äußerst bedenklich finden.

Die Deutschen hingegen empfinden unter den Westalliierten vor allem die Franzosen als Bremser auf dem Weg zu ökonomischem Wiederaufstieg und mehr internationaler Gleichberechtigung: Da ist die weiterhin ungelöste Saarfrage, die die Atmosphäre immer noch vergiftet, da sind die deutschen Ambitionen auf mehr Sou- →

ERSTER EHRENBÜRGER

Jean Monnet (*1888) gilt als einer der Architekten der europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg. Neben seiner Unternehmertätigkeit koordinierte er unter anderem während der Weltkriege alliierte Rüstungskooperationen und war in der Zwischenkriegszeit stellvertretender Generalsekretär des Völkerbundes. Monnet, der erste Ehrenbürger Europas, starb 1979 auf seinem Landsitz bei Paris.

→ veränität, denen sich besonders Frankreich verweigert, und da ist das Ruhrgebiet mit seiner für den Wiederaufbau so wichtigen Schwerindustrie, das die Franzosen am liebsten für immer ganz dem deutschen Einfluss entziehen würden.

Doch auch und gerade in dieser Zeit wird wieder der Ruf nach einer Überwindung des nationalen Denkens laut – nach einem vereinten Europa, das die Konkurrenzsucht der Nationalstaaten zähmt. Im Jahr 1946 ruft Winston Churchill in seiner berühmten Rede in Zürich dazu auf, die „Vereinigten Staaten von Europa" zu verwirklichen. Er trifft den Nerv eines kriegsmüden Kontinents und tritt in die Fußstapfen zahlreicher Europabefürworter der Vergangenheit wie Victor Hugo oder Richard Coudenhove-Kalergi.

Tatsächlich wird mit dem Europarat ein erstes sichtbares Zeichen gesetzt, das diese Sehnsucht ausdrückt. Über den Marshallplan und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa zeigen sich Schritte für eine wirtschaftliche Integration Westeuropas.

Auch in Deutschland und Frankreich gibt es hochfliegende Ideen. Bundeskanzler Konrad Adenauer spricht gar von einem „Verschmelzen der beiden Länder". Es mangelt nicht an enthusiastischen Stimmen. Doch je mehr Zeit vergeht, je mehr die Erinnerung an die Katastrophen der Kriege in den Hintergrund tritt und die Nationalstaaten wieder an Selbstbewusstsein gewinnen, desto geringer werden die Chancen für eine europäische Einigung – eine gefährliche Sackgasse. Das weiß auch Jean Monnet, der im Salon de l'Horloge darauf wartet, dass Robert Schuman der Öffentlichkeit seinen Befreiungsschlag präsentiert. Monnet, ein 62-jähriger Unternehmer aus Cognac, ist Leiter des Commissariat général du Plan, des französischen Planungsamts, das das Modernisierungsprogramm für die Wirtschaft verantwortet. Kein Berufspolitiker, aber eine Schlüsselfigur in der französischen Politik, ein international erfahrener Netzwerker mit guten Beziehun-

FRANKREICH UNTER DRUCK

Trotz Kriegsschäden und Demontage war die westdeutsche Montanindustrie 1949 wettbewerbsfähiger als die europäische Konkurrenz. Die durchschnittlichen Kosten je geförderte Tonne Kohle waren 10 bis 20 Mark niedriger als in Frankreich oder Belgien. Eine Tonne Stahl kostete 50 Mark weniger als beim französischen Nachbarn, der mit dem Monnetplan versuchte, seine Schwerindustrie zu modernisieren.

EINE KOHLEGRUBE IM RUHRGEBIET – NACH DER HARTEN ARBEIT WASCHEN SICH DIE BERGLEUTE IN DER KAUE

WALTER HALLSTEIN (L.) ÜBERREICHT JEAN MONNET EINE KISTE MIT DRUCKERSCHWÄRZE. EIN SYMBOL FÜR DEN DEUTSCHEN ANTEIL AM VERTRAGSWERK

gen zu US-Regierungskreisen. Ein „Mann von sehr großem wirtschaftlichen Organisationstalent“, wird ihn später Konrad Adenauer beschreiben, ein „echter Mann des Friedens, von gewinnenden Verhandlungsformen“.

Die braucht es jetzt auch, wenn Wirklichkeit werden soll, was Robert Schuman an diesem Abend verkündet: „Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Oberste Aufsichtsbehörde (Haute Autorité) zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.“ Ein Kohle-Stahl-Pool der Erbfeinde also, fünf Jahre nach Kriegsende. „Die Solidarität der Produktion, die so geschaffen wird, wird bekunden, dass jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist.“ Eine Montanunion, die offen ist für alle anderen europäischen Länder. „Der erste Grundstein einer europäischen Föderation.“ Es ist eine Sache, eine solch revolutionäre Idee einer Gruppe von Journalisten zu präsentieren. Eine ganz andere aber ist es, dieses (fortan Schuman-Plan genannte) Projekt auch gegen nationale Widerstände durchzusetzen. Von technischen Details ganz zu schweigen. Ob das ein Sprung ins Unbekannte sei, will ein Journalist wissen. „Genau das ist es“, erklärt Schuman.

Jean Monnet soll diesen Sprung ins Unbekannte organisieren und die Skeptiker überzeugen. Von denen sitzen die meisten in Großbritannien. Sie fürchten um ihre nationale Souveränität, wenn sie sich diesem neuen europäischen Gemeinschaftsprojekt anschließen sollten, besonders die supranationale Gestalt der Hohen Behörde ist ihnen suspekt. Trotzdem wird noch einige Zeit diplomatisch gerungen, um die Briten mit ins Boot zu holen – vergebens. Für die (west-)deutsche Seite hat zwar Bundeskanzler Adenauer schon am Tag der Schuman-Erklärung grundsätzliche Zustimmung signalisiert, aber sowohl Monnet als auch Adenauer wissen: →

PRÄGENDE ARCHITEKTUR

Viele heutige EU-Institutionen haben ihren Ursprung in der Architektur der EGKS – Ergebnisse harter Verhandlungen, die 1950 begannen: Die Hohe Behörde der Montanunion mit Sitz in Luxemburg ging später in der Europäischen Kommission auf. Die Gemeinsame Versammlung der EGKS mit 78 Abgeordneten der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten gilt als Vorläufer des Europäischen Parlaments.

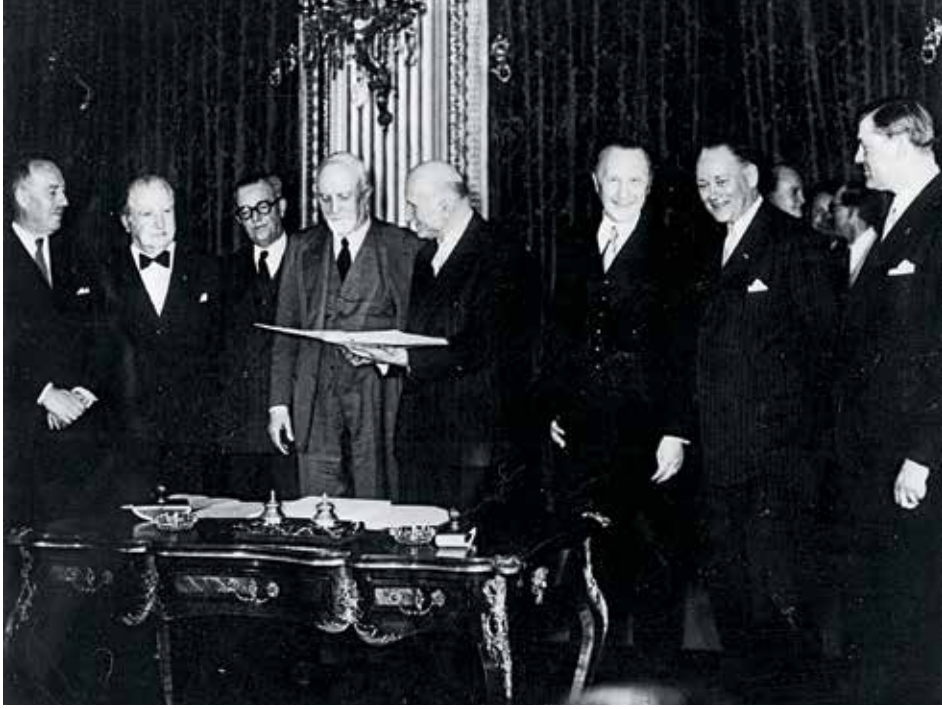
Fotos: ddp images, dpa Picture-Alliance

→ Mächtige Interessenverbände und die Opposition misstrauen dem Plan, auch Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard ist nicht begeistert. In der Öffentlichkeit hat die Idee eines geeinten Europas mehr Rückenwind – den will Monnet ausnutzen.

Am 20. Juni 1950 beginnen in Paris die Verhandlungen der sechs Länder, die den Schuman-Plan akzeptiert haben: Neben Frankreich und Deutschland sind dies Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg. Deutschlands Delegation wird von Walter Hallstein geleitet, einem engen Vertrauten von Konrad Adenauer. Dass eine deutsche Delegation überhaupt gleichberechtigt und selbstständig über so weitreichende Verträge mitverhandeln kann, ist ein großer Erfolg für Adenauer, denn die Bundesrepublik steht immer noch unter der Aufsicht der Alliierten Hohen Kommission.

Noch glauben viele an einen schnellen Abschluss der Konferenz bis August, schon am 15. Oktober soll das Vertragswerk unterzeichnet werden. „Wir sind hier, um ein gemeinsames Werk zu vollbringen", mahnt Monnet die Konferenzteilnehmer. „Nicht, um Vorteile auszuhandeln, sondern, um unseren Vorteil im gemeinsamen Vorteil zu suchen." Man solle auch nicht mehr von „Verhandlungen" sprechen, sondern von der „Schuman-Plan-Konferenz".

Doch trotz der geschickten Moderation durch Jean Monnet und des guten Willens der Teilnehmer kommt die Konferenz ins Stocken. Nicht nur nationale Rücksichtnahmen und der Widerstand aus Unternehmerkreisen bremsen den Verlauf, auch der Koreakrieg und der eskalierende Ost-West-Konflikt verändern die Lage für die Verhandlungen: Immer drängender scheint die Notwendigkeit, Westdeutschland wiederzubewaffnen und es als gleichberechtigtes Mitglied in die westliche Staatengemeinschaft aufzunehmen. „Wenn die Deutschen das, was sie sich vom Schuman-Plan erwarten, unabhängig von seiner Realisierung erreichen, laufen wir Gefahr, dass sie sich von uns abwenden", warnt Monnet den französischen Außenminister eindringlich.



DIE VERTRAGSUNTERZEICHNUNG AM 18. APRIL 1951 IN PARIS. GANZ LINKS STEHT JEAN MONNET

BEREIT ZU KOMPROMISSEN

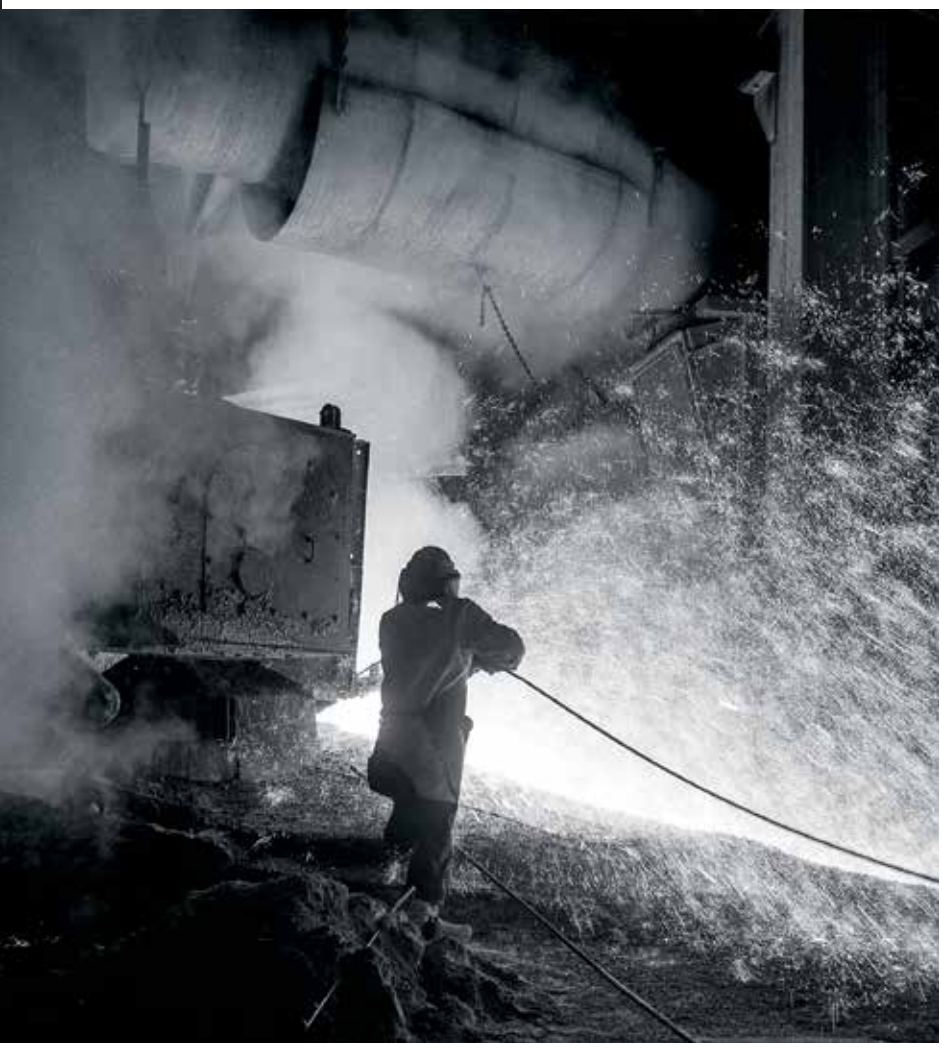
In Monnets Lösung der schrittweisen Integration über ökonomische Instrumente, der zwangsläufigen Dynamik kleiner Schritte ohne festes Endziel sehen Kritiker inzwischen eine mögliche Ursache für die gegenwärtige Krise der EU. Anhänger Monnets widersprechen: Europa würde eben, wie Monnet sagte, „durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen". Gerade diese „Solidarität der Tat" ist das Ergebnis eines (manchmal zähen) Aushandelns – und Kompromissbereitschaft damit eine der größten Stärken Europas.

Fotos: akg-images, Corbis

NATIONALES NACHSPIEL

Auch nach der Unterzeichnung des Vertrags war die Zukunft der Montanunion noch nicht gesichert: Die Ratifizierung in den nationalen Parlamenten musste viele innenpolitische Hürden überwinden. Erst am 10. August 1952 nahm die Hohe Behörde ihre Arbeit auf. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die erste supranationale Organisation, wurde Realität. Ihr erster Präsident: Jean Monnet.

EIN ARBEITER VOR EINEM SCHMELZOFEN IN EINEM FRANZÖSISCHEN STAHLWERK IM JAHR 1952



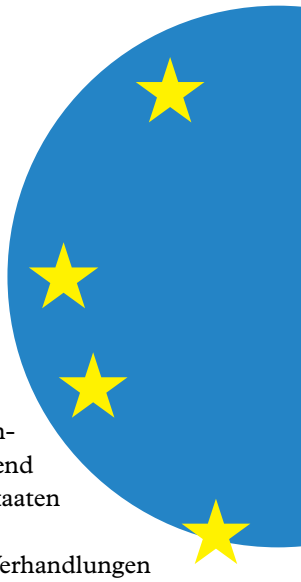
Tatsächlich verhärtet sich die Haltung der deutschen Delegation. Der nur wenige Wochen alte deutsch-französische Motor der europäischen Integration stottert. Und während die Deutschen mit der Entflechtung der Schwerindustrie an der Ruhr hadern, verbeißen sich auch andere bei den Verhandlungen: die Niederländer zum Beispiel in die Kompetenzen der geplanten Hohen Behörde. Außerdem hat die westeuropäische Stahlindustrie dank der anziehenden Konjunktur keine Absatzsorgen mehr. Mehr als einmal scheint der Schuman-Plan in einer Sackgasse festzustecken. Und die europäische Idee, die den Frieden sichern soll? Sie reibt sich fast schon wieder in technischen Details auf. Erst Anfang 1951 überwinden die sechs verhandelnden Länder die größten Hürden, insbesondere beim Entflechtungsthema – amerikanische Vermittlungsbemühungen helfen dabei. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl kann das Licht der Welt erblicken. Und die Erbfeindschaft zwischen Franzosen und Deutschen, die ewige Konkurrenz – sie kann endlich eingehegt werden in ein frei ausgehandeltes Vertragswerk, das zur Basis eines geeinten Europas wird.

Zur Unterzeichnung am 18. April 1951 lässt ein Mitarbeiter Monnets ein passendes Exemplar anfertigen: auf holländischem Papier, mit deutscher Druckerschwärze, einem belgisch-luxemburgischen Einband, italienischen Lesezeichen, hergestellt in einer französischen Staatsdruckerei. Auch Adenauer kommt zur Unterzeichnung nach Paris – es ist seine erste Auslandsreise als Bundeskanzler. Auf seinem Hotelzimmer findet er das Geschenk einer jungen Französin vor: den Kriegsorden ihres Vaters aus dem Ersten Weltkrieg. „Behalten Sie ihn als bescheidene Erinnerung an Ihren bedeutsamen Besuch in Paris im April 1951“, schreibt sie. „Es ist eine bescheidene Geste der Hoffnung auf eine reine und wahre Versöhnung der beiden Völker, die so viel, eines durch das andere, gelitten haben.“

AUTOR Axel Reimann arbeitet als freier Journalist

KONZERT DER

ÜBER DIE MÜHEN DES AUSHANDELNS IN DER EU



Ob Westfälischer Friede 1648, Wiener Kongress 1815 oder Pariser Vorortverträge 1919 – die Politikgeschichte kennt Verhandlungsprozesse auf den Schultern großer Kriege, die ihre Zeit prägten und bis heute nachwirken. Und doch reicht in Intensität und Wirkung wohl keiner der genannten Vertragsschlüsse an die Leistung der europäischen Integration heran. Ohne Übertreibung kann sie für sich in Anspruch nehmen, das größte Verhandlungsprojekt der Geschichte zu sein. Seit ihren Anfängen in den 1950er-Jahren läuft die Maschinerie des ausgehandelten Interessenausgleichs, die Tausende von Akteuren in den EU-Staaten und den EU-Standorten in ständigem Austausch hält. Die dabei behandelten Fragen reichen von den großen Themen der Felder Sicherheit und Wohlfahrt bis zu Detailfragen der Rechtsanpassung oder technischer Regelungen.

Was die Verhandlungsprozesse der EU auszeichnet, ist jedoch nicht nur ihre Breite und Tiefe, sondern vor allem ihre Struktur. Integration bedeutet Verflechtung und nicht nur friedliche Koexistenz, um ein Wort aus dem ebenfalls verhandlungsintensiven Kalten Krieg zu bemühen. Verflechtung entsteht über die Zusammenführung von Kompetenzen, die Bündelung von Souveränität, deren Sicherung in einer Rechtsordnung und einem strukturierten Entscheidungssystem.

> Man darf sich europäische Gipfeltreffen nicht als Chorproben der Europahymne vorstellen

Verhandlungen im EU-Rahmen sind also kein freies Spiel der Kräfte, sondern ein organisierter Prozess mit spezifischen Merkmalen. In weiten Bereichen der EU-Politik, in denen die Gemeinschaftsmethode gilt, finden die Verhandlungen nicht auf der Basis der Positionen der Parteien statt. Vielmehr besitzt eine Gemeinschaftsinstitution, die Europäische Kommission, das Monopol auf rechtswirksame Vorschläge. Die Regierungen können diese in den Beratungen nur modifizieren oder ablehnen, aber nicht völlig verändern. Die Entscheidungen im Kreis der Regierungen können mit Mehrheit getroffen werden, während typischerweise Verhandlungen zwischen Staaten die Zustimmung aller Parteien erfordern.

Vor diesem Hintergrund verdienen Verhandlungen im EU-System es, Aushandlung genannt zu werden, denn es geht um mehr als den größten gemeinsamen Nenner, um mehr als einen Kompromiss der unterschiedlichen Positionen. In den EU-Prozessen sind die Lektionen bereits eingebaut, die Verhandlungsexperten an vielen Fallbeispielen in Geschichte und Gegenwart erforscht haben, nachzulesen etwa in den Veröffentlichungen des Harvard Negotiation Project. In Büchern wie „Getting to Yes“ haben die Forscher gezeigt, wie Verhandlungspositionen aus Nullsummenkalkülen herausgeführt werden können, wie über die Entwicklung gemeinsamer Anliegen und Interessen der Verhandlungsprozess entpolarisiert werden kann. In der EU funktionieren diese Mechanismen zum Teil erstaunlich gut, und sogar dort, wo es um wirtschaftliche und finanzielle Nutzen- und Kostenentscheidungen geht.

Doch ist dies nicht das ganze Bild. Wie käme es sonst zu den medial aufmerksam begleiteten Gipfeln der Staats- und Regierungschefs, den Geschichten von Gewinnern und Verlierern, wechselseitigen Verunglimpfungen, zu roten Linien, Vetodrohungen und Austrittsankündigungen?

ALPHA-WESEN

Eine Meinung des Politologen Josef Janning

Offensichtlich bewegt sich Europa nicht nur in zivilisierten Aushandlungen, sondern ebenso auch in ihrer robusteren Alternative, den klassischen Verhandlungen zwischen Staaten. Man darf sich europäische Gipfeltreffen nicht als Chorproben der Europahymne vorstellen; sie gleichen häufig eher einem körperlosen Freistilringkampf, in dem angewandt wird, was nicht verboten ist – und verboten ist wenig. Zentrale Fragen werden über diese Verhandlungsschiene entschieden: Vertragsänderungen, die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten, aber auch die wichtigen Entscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik wie der Innen- und Justizpolitik.

„Das ist der Gipfel!“ – so der Titel eines Buchs von 1987, in dem ein erfahrener Beobachter, Marcell von Donat, die Praxis europäischer Ratssitzungen vor Jahren mit einem Augenzwinkern schildert.

Foto: ECFR

Gemessen an der heutigen Lage mutet von Donats Schilderung nur noch idyllisch an. Das Verhandlungsklima ist härter, denn die Zahl der Akteure ist stark gewachsen, ihre Interessen und Anliegen sind vielfältiger. Konsensgruppen oder gar stabile Gestaltungskoalitionen fehlen weitgehend. Gleichzeitig ist die Bedeutung der Gipfeldiplomatie gestiegen. Mit dem Vertrag von Lissabon ist der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs nicht länger ein informelles Gremium außerhalb der EU-Strukturen, sondern eine Institution der EU, mit eigenem Präsidenten, einem anspruchsvollen Sitzungsrhythmus und mit dem Anspruch europäischer Politikgestaltung. Die Außenminister, gewissermaßen die Experten für den Interessenausgleich mit anderen Staaten, sind nicht länger Teilnehmer der Europäischen Räte. Hier agieren nur noch die Regierungschefs, die enger als jedes Kabinettsmitglied in die innenpolitischen Debatten der EU-Staaten eingebunden sind, stärker unter öffentlicher Beobachtung stehen und deren Ergebnisse vorzugsweise in Kategorien des Gewinnens oder Verlierens bewertet werden.

Das intergouvernementale Aufeinandertreffen politischer Alpha-Wesen schwächt den Aushandlungscharakter europäischer Politik. Obgleich die Dramaturgie Elemente der Gemeinschaftspraxis enthält, vor allem in der Rolle der Europäischen Kommission, betont sie in Krisenfällen eher die Unterschiede als die Gemeinsamkeiten, sie vertieft die Gegensätze, anstatt sie zu verringern. Die Wechselwirkungen nachlassender Gemeinschaftsorientierung und zunehmender Intergouvernementalisierung könnten eine Erosion der Integration in Gang setzen. Diese Tendenz lässt sich an den Konflikten über Migration und ihre Wirkungen auf das Schengen-System der offenen Grenzen und das Binnenmarkt-Prinzip der Freizügigkeit deutlich erkennen. Die europäische Politik muss einen Weg finden, ihre Aushandlungsstärke zurückzugewinnen. Dazu braucht sie Perspektive jenseits der Tagespolitik, die Stärkung der gemeinschaftlichen Instrumente und eine Neubelebung strategischer Koalitionen unter den Mitgliedstaaten.

Josef Janning ist Co-Direktor des Berliner Büros und Senior Policy Fellow beim European Council on Foreign Relations. Von 2013 bis 2014 war er Mercator-Fellow des Alfred von Oppenheim-Zentrums der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

EIN HOCH-
ZEITSPAAR
POSIERT VOR
DER SKYLINE
DES SHANG-
HAIER FINANZ-
VIERTELS FÜR
DEN FOTO-
GRAFEN

NUR DIE LIEBE ZÄHLT

IN CHINA STEHT EINE HEIRAT TRADITIONELL WENIGER FÜR DIE VERBINDUNG ZWISCHEN ZWEI MENSCHEN, SONDERN MEHR FÜR DIE ZUSAMMENFÜHRUNG ZWEIER FAMILIEN. DOCH GERADE JUNGE, GEBILDETE GROSSSTÄDTER GEHEN IMMER ÖFTER IHRE EIGENEN WEGE

Frau Zhu hat das Foto ihrer Tochter gut sichtbar neben dem Parkeingang positioniert, ohne deren Wissen natürlich. Die Tochter, die so hübsch auf dem Foto lächelt, hat keinen blassen Schimmer, dass ihre Mutter am Wochenende auf Partnersuche für sie geht. „Die jungen Leute wollen das nicht“, sagt die grau melierte Dame in der Blümchenbluse, womit sie nicht nur das Verkuppeltwerden durch die Eltern meint. „Meine Tochter sagt, sie will überhaupt noch nicht heiraten! Dabei ist sie doch schon 29.“

Frau Zhus Stimme klingt betrübt, aber sie gibt die Hoffnung nicht auf, genauso wenig wie Hunderte anderer grau melierter Mütter und Väter, die sich jeden Samstag und Sonntag im Shanghaier Volkspark versammeln. Im Schatten der Weidenbäume preisen sie ihre Kinder wie eine Ware an: „Sohn, 33 Jahre alt, 1,78 Meter, Wohnsitz Shanghai, Ausbildung an Elite-Universität, Buchhalter bei internationalem Joint Venture, Gehalt 10.000 Renminbi. Wohlerzogen, raucht nicht, trinkt nicht, keine Haustiere“, steht auf einer der selbst gebastelten Heiratsanzeigen.

Interessant findet Frau Zhu, dass die Familie des jungen Mannes auch aus Shanghai stammt, nicht aus der Provinz. Das erleichtere später vieles: eine Hochzeitsfeier statt zwei … man könne gemeinsam das chinesische Neujahr begehen … kurze Wege, wenn einmal das Enkelkind da ist. Frau Zhu ist 58 Jahre alt. Wie sie denken die meisten Chinesen ihrer Generation. Die Ehe gilt nicht als Verbindung zweier Menschen, sondern als ein Bündnis zweier Familien. Noch bis in die 1980er-Jahre bedurfte es vor einer Heirat im kollektivistischen China des Einverständnisses der Eltern und der Partei.

Heute, da mehr junge Chinesen immer länger Single bleiben, nimmt die Torschlusspanik unter den Eltern zu: 260 Millionen Chinesen sind laut einem staatlichen Untersuchungsbericht auf Partnersuche. Wegen der seit 1980 verfolgten Ein-Kind-Politik und der millionenfachen Abtreibung weiblicher Föten fehlen heute 30 Millionen Mädchen und Frauen in China. Konkret heißt das: Jeder fünfte Mann unter 30 Jahren ist ein Leben lang zum Junggesellendasein verdammt.

Für die Demografie des an Überalterung leidenden Landes bedeutet das einen grundlegenden Strukturwandel: Viele Männer buhlen um wenige Frauen. Die Ökonomisierung des Heiratsmarktes nimmt zu. Und obwohl die Regierung die Ein-Kind-Politik lockert, ist die Geburtenrate zu niedrig, um die Bevölkerungszahl stabil zu halten. Landesweit liegt sie bei 1,66, in Peking und Shanghai sogar nur bei 0,7 – Negativrekord weltweit.

Junge Chinesen setzen heute weniger Kinder in die Welt – auch weil sie immer später den Bund des Lebens schließen: In Shanghai heiraten Frauen im Schnitt erst mit 30,3 Jahren, Männer mit 32,7 Jahren. Ähnlich sieht es in anderen Millionenmetropolen aus. Viele wollen erst ge- →

Foto: Claudio Cassaro/SIME

TRADITION: SAMSTAG IST MARKTTAG IM SHANGHAIER VOLKSPARK – NUR DASS HIER NICHT DIE PREISE VON OBST UND GEMÜSE, SONDERN DIE LEBENS-PLANUNGEN DER EIGENEN KINDER AUS-GEHANDELT WERDEN

260 Millionen Chinesen sind laut einem staatlichen Bericht auf Partnersuche

→ nügend Geld verdienen, bevor sie eine Familie gründen. Ein weiterer Grund ist die zunehmende Individualisierung: Gerade junge Frauen wollen, bevor sie heiraten, immer öfter Karriere machen und sträuben sich gegen die traditionelle Rollenverteilung.

Und so stecken die Jungen in der Zwickmühle zwischen ihren Wünschen nach Selbstbestimmung und den Erwartungen ihrer Familien. Denn nichts genießt in China einen höheren Stellenwert als Ehe und Familie. Eltern, egal welcher sozialen Herkunft, investieren alles in die Zukunft ihrer Kinder. Umgekehrt erwarten sie vom Nachwuchs im Alter Fürsorge und finanzielle Absicherung. Die Auswahl der Schwiegertochter oder des Schwiegersohns erledigten die Älteren traditionell gleich selbst: Bis tief in das 20. Jahrhundert hinein war es nicht unüblich, dass Braut und Bräutigam sich am Tag der Hochzeit das erste Mal in die Augen blickten. Noch heute werden viele Ehen in ländlichen Regionen von der Familie ausgehandelt oder von Kupplerinnen, meist umtriebigen Dorfälteren, eingefädelt.

In den Städten wiederum bohren Mütter und Väter: Hast du immer noch keinen Partner? Warum sind die anderen schon verheiratet und du nicht? Wann werden wir endlich Großeltern? Bisweilen liegen die Eltern ihren Kindern so sehr mit ihrer Ungeduld in den Ohren, dass der Nachwuchs zu kreativen Notlösungen greift: Verzweifelte bestellen zum Neujahrsfest, das mehrere Tage im Familienkreis gefeiert wird, schon mal einen „Mietpartner“ über die Online-Handelsplattform taobao.com. Dieser kommt für ein Tageshonorar zwischen umgerechnet 150 und 1.500 Euro mit zu den Eltern, hält Händchen und beantwortet freundlich lästige Fragen. In den Augen der Älteren, klagen die Jüngeren, stellt die Hochzeit eine Art Tauschhandel dar, bei dem die Kosten-Ertrag-Bilanz stimmen müsse. Die Feier muss daher besonders aufwendig sein: Auf Hochzeitsbanketten zeigt eine chinesische Familie, wer sie ist und was sie hat.

Die wichtigen Fragen während der Vorbereitung lauten: Wie viele Tische hat der Hotelsaal? Welcher Wein wird serviert? In der Regel stehen Hunderte Gäste auf der Gästeliste: Freunde, Verwandte, aber vor allem die Freunde der Eltern und die Chefs der Eltern. Wen das Brautpaar wie begrüßt, in welcher Reihenfolge man mit wem anstößt – diese Details sind Teil eines tradierten Drehbuchs, das es einzuhalten gilt. Aus Respekt vor den Älteren, und beson-

MODERNE: DIE FERNSEH-AUFZEICHNUNG DER KUPPEL-SHOW „MEET YOU ON SATURDAY“ FÜR EINEN SHANGHAIER TV-SENDER. FORMATE WIE DIESES SIND BEI JUNGEN MENSCHEN IN CHINA SEHR BELIEBT

Vor Familienfeiern leisten sich verzweifelte Singles schon mal einen „Mietpartner“

ders wichtig, um der Elterngeneration „Gesicht zu geben“. Auch die Gäste müssen traditionell feste Regeln einhalten: Jeder überreicht der Familie des Brautpaares einen „Hongbao“, einen roten Umschlag mit Geldscheinen.

Wer kein großes Bankett veranstaltet, macht ein Minusgeschäft: „Meine Eltern haben Hunderte Hochzeiten besucht und Hunderte Hongbaos verschenkt“, sagt Zhang Feng, 29, Industriedesigner in Shanghai. „Meine Freundin und ich möchten eigentlich lieber im kleinen Kreis heiraten. Aber das wäre unseren Eltern gegenüber unverantwortlich. Sie würden all das Geld, das sie im Laufe ihres Lebens verschenkt haben, nie wiedersehen.“

Zhang zählt zu den vielen in seiner Generation, die eigene Vorstellungen von Liebe und Beziehung haben. Seine Freundin, eine Werbeproduzentin, hat er auf einer Radtour nach Tibet kennengelernt. Er hat weder Auto noch Eigentumswohnung, trotzdem wurden sie ein Paar. Wie immer mehr junge Chinesen hadern die beiden mit dem Erwartungsdruck der Eltern. Doch wenige wagen die offene Rebellion. Eher proben sie den pragmatischen Spagat: Zhang und seine Freundin werden zwei Hochzeiten ausrichten. Eine traditionelle, den Eltern zuliebe. Und eine zweite, irgendwo draußen im Grünen, mit Band, DJ und ohne Familie, „nur für uns“.

Einmal verheiratet, stehen die wirklich schwierigen Diskussionen aber erst an: Wie bringt man den Eltern behutsam bei, dass sie nicht bei einem einziehen sollen? Wie überzeugt man sie davon, dass man seine Kinder selbst erziehen möchte? Es sind also in China, wo in der Familie Harmonie und der Respekt vor den Älteren über allem stehen, Kompromissfähigkeit und Verhandlungsgeschick gefragt.

Aber nicht nur die Jungen werden mitunter erfinderisch. Frau Zhu, die ältere Dame aus dem Shanghaier Volkspark, hat sich eine kleine Notlüge zurechtgelegt, wenn ihre Tochter fragen sollte, wer denn dieser Typ sei, den sie ihr vorstellen wolle. Natürlich werde sie nicht verraten, dass der als Hochzeitsanzeige an einem Baum hing. „Der Sohn einer Bekannten unserer Nachbarin, ein toller junger Mann“, wird sie sagen. Eine Ausflucht, die auch heutzutage in China noch immer glaubhaft klingt.

AUTORIN Xifan Yang arbeitet als freie Journalistin in Shanghai und hat vor Kurzem ihr erstes Buch „Als die Karpfen fliegen lernten: China am Beispiel meiner Familie“ veröffentlicht

Fotos: Jan Sießke/laif, Carlos Barria/Reuters

LERNEN FÜRS LEBEN

Monika Keller ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung und Honorarprofessorin an der Freien Universität Berlin

Frau Professor Keller, was geht im Kopf kleiner Kinder vor, wenn sie etwas aushandeln?

Kleine Kinder sind zunächst primär auf die Durchsetzung ihrer Interessen und Ziele fixiert. Dies hängt mit der Unmittelbarkeit ihrer Wünsche zusammen. Die Perspektive anderer Personen ist dabei noch nicht repräsentiert, auch nicht längerfristige Folgen von Handlungen. Erst durch Hindernisse, wie den Widerstand der anderen, seien es Eltern oder Spielgefährten, nehmen sie auch die Interessen und Wünsche anderer wahr.

Wie entwickeln sich Kleinkinder in Bezug auf das Aushandeln weiter?

Sie lernen, dass sie die Perspektive anderer einbeziehen müssen, wenn sie eigene Wünsche erfolgreich durchsetzen wollen. Also lernen sie auch, Vorschläge zu machen, die den Interessen aller Interaktionspartner Raum geben. Ältere Kinder beginnen auch, strategisch zu denken. Sie entwickeln Strategien, die den anderen zu einer gewogenen Haltung bringen. So zum Beispiel, erst einmal vorsichtig zu fragen oder Vorschläge zu machen und dann weitere Strategien an die Reaktion des anderen anzupassen.

Wie geht es dann weiter, was ändert sich bei Jugendlichen?

In der Forschung sind Entwicklungsstufen von Verhandlungsstrategien definiert worden. Diesen Stufen liegen unterschiedliche kognitive Fähigkeiten zur Perspektivendifferenzierung und -koordination zugrunde, aber auch unterschiedliche Formen der Empathie, also der Fähigkeit, die Gefühle anderer zu verstehen und nachzuempfinden. Die Fähigkeit, eigene Wünsche und Interessen mit Gründen zu vertreten und sie dadurch auch in Konfliktsituationen anderen verständlich zu machen, nimmt mit dem Alter zu. Ältere Kinder und insbesondere Jugendliche können in Dialoge eintreten. Sie können sich dann auch hypothetisch vorstellen, wie der andere wohl reagiert, und stimmen ihre eigenen Strategien darauf ab. Und: Sie sind sensibel genug, um die Gefühlslage anderer einzuschätzen und etwa einen günstigen Zeitpunkt für eine Verhandlung zu wählen.

Wann und wo lernen Kinder und Jugendliche das Aushandeln?

Zunächst in der Familie, wenn Spielräume für Entscheidungen gegeben werden. Auch der Kindergarten bietet Möglichkeiten zur Partizipation. Wobei Regeln oder gemeinsame Entscheidungen diskutiert werden können. Besonders wichtig ist es, solche Lernprozesse in der Schule zu ermöglichen. Hier erlernen Kinder die sozialen und moralischen Kompetenzen, die Grundlage für Kooperation und Handeln in einer demokratischen Gesellschaft sind: die Perspektive anderer zu verstehen und sich in andere einzufühlen, moralische Standards und Werte zu verstehen und anzuerkennen sowie eigene Überzeugungen angemessen zu vertreten.

Wie lässt sich dieser Prozess gezielt fördern?

Aus meiner Sicht sind demokratiepädagogische Ansätze sehr wichtig. Ein Beispiel ist der Klassenrat. Hier bieten sich Gelegenheiten zum Aushandeln in Kooperation und Partizipation. Doch sollte die Schule als „demokratische Gemeinschaft“ auch in fachlichen Situationen Kinder und Jugendliche als Partnerinnen und Partner in sozialen Interaktionen akzeptieren.

AUTOR Tobias Diemer ist Leiter des Bereichs Bildung der Stiftung Mercator

AUSHANDELN FÄNGT SCHON IM KINDESALTER AN. WAS DENKEN KINDER BEIM AUSHANDELN? WELCHE FAKTOREN UND IMPULSE SPIELEN EINE ROLLE? WARUM IST ES WICHTIG, DIESE KOMPETENZ ZU ERLERNEN – UND WIE KANN SIE IN DEN ERZIEHUNGSINSTITUTIONEN GEFÖRDERT WERDEN? DAS ERKLÄREN DIE PSYCHOLOGIN MONIKA KELLER UND DER ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTLER HANS MERKENS

Hans Merkens ist emeritierter Universitätsprofessor im Fach Empirische Erziehungswissenschaft an der Freien Universität Berlin

Herr Professor Merkens, muss man Kindern das Aushandeln beibringen, oder können sie das von allein?

Schon Kleinstkinder können Interessen artikulieren. Sie weinen beispielsweise gezielt, um bei Erwachsenen Reaktionen hervorzurufen – eine wichtige Vorstufe des Aushandelns. Insofern ist Aushandeln eine der ursprünglichsten Formen des Miteinander-Umgehens, in dessen Verlauf der Erziehungsstil in der Familie und in den Erziehungsinstitutionen eine große Rolle spielt.

Was sind die Voraussetzungen für ein konstruktives Aushandeln mit Kindern?

Besonders wichtig ist Empathie – im Elternhaus, in der Kita und in der Schule. Das Kind sollte sich so, wie es ist, angenommen fühlen. Empathie bedeutet auch, dass man Freiräume lässt und nicht alles diktiert. Kinder, die so aufwachsen, werden eher aktive Aushandler als Kinder, die im Wesentlichen darauf achten, nicht bestraft zu werden.

Kinder handeln auch untereinander Dinge miteinander aus. Wie geht das vonstatten?

Wir gehen stets davon aus, dass alle Umwelten homogen sind. Das stimmt aber nicht. Kinder treffen auf Gleichaltrige, die anders erzogen sind, aus anderen kulturellen, sozialen und ethnischen Zusammenhängen kommen. Gerade das ist für das Erlernen von Aushandeln besonders wichtig, denn es fördert die eigene Identität: Man stellt fest, dass man in bestimmten Situationen mit der Technik, die man beherrscht, nicht weiterkommt. Dieser natürliche Prozess fing früher zu Hause und auf der Straße an – heute beginnt er überwiegend erst im Kindergarten, weil die meisten Kinder ohne Geschwister aufwachsen und auch kaum mehr auf Straßen spielen können, zumindest in der Stadt.

Kitas müssen folglich heute mehr dafür leisten, dass Kinder Aushandeln erlernen. Sind die Einrichtungen dieser Aufgabe gewachsen?

Das theoretische Anforderungsprofil an ErzieherInnen ist enorm: Sie sollen Sprachbildung betreiben, soziales Lernen ermöglichen, dafür sorgen, dass Kinder sich betreut fühlen, und vieles mehr. Es stellt sich die Frage, was praktisch überhaupt möglich ist. Wir bräuchten aus meiner Sicht sowohl in Kitas als auch in Grundschulen und integrierten Sekundarschulen eine bessere Weiterbildung.

Erkennen Sie als Erziehungswissenschaftler bei einem 14-Jährigen, ob er eine „konstruktive Aushandelkultur" besitzt?

Man sieht schon, wie Kinder aufgewachsen sind: Wer Aushandeln gelernt hat, reagiert in Konfliktsituationen häufiger mit sprachlichen Varianten; diejenigen, denen weniger Freiräume gewährt wurden, reagieren häufiger gewalttätig.

Inwieweit ist es Aufgabe der Erziehungsinstitutionen, entsprechende Defizite auszugleichen?

Die entscheidende Herausforderung ist, verbale Fähigkeiten so zu fördern, dass Kinder sie beim Aushandeln einsetzen können. In den Kitas beispielsweise sollte nicht Sprachtraining betrieben werden, sondern es sollten Sprachanlässe geschaffen werden, in denen Kinder veranlasst werden, sich verbal auszudrücken. Das ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass sie später Dinge in der Gesellschaft besser aushandeln können.

AUTORIN Mechthild Bausch ist Redakteurin des Magazins 51°

Fotos: MPI für Bildungsforschung, Freie Universität Berlin

KLAUS GRETSCH-
MANN STAND
IM RUF, EIN
WANDELNDER
VERMITTLUNGS-
AUSSCHUSS
ZU SEIN

EINSICHTEN EINES SHERPAS

ER FÜHRTE GERHARD SCHRÖDER AUF DIE GIPFELTREFFEN UND DIENTE UNTER ANGELA MERKEL ALS SPITZENBEAMTER IN BRÜSSEL. SO SCHNELL MACHT KLAUS GRETSCHMANN BEIM AUSHANDELN KEINER WAS VOR

Ringsum Naturschutzgebiet. Den Simssee und die Chiemgauer Berge vor der Haustür. Dafür nimmt er billigend in Kauf, dass das Internet wie eine Schnecke daherkommt. „Nächstes Jahr soll's ja Glasfaser geben." So ein umtriebiger Mensch wie Klaus Gretschmann braucht eine digitale Verbindung zur Außenwelt. Und einen Flughafen in der Nähe. Auch wenn er es inzwischen ein wenig gemächlicher angehen könnte in seinem bayerischen Domizil – oder darf man sogar sagen: Altersruhesitz?

An diesen Gedanken kann sich der 66-Jährige noch nicht so richtig gewöhnen. Energiegeladen, wie er nun mal ist. Ein Trumm Mannsbild. So vielseitig, dass er über Thomas Pikettys „Das Kapital im 21. Jahrhundert" genauso gerne diskutiert wie über die Bösewichter bei P. D. James oder über Ten Years After, die legendäre britische Bluesrock-Band. Ein glänzender Unterhaltungs-Mensch. Versierter Interessen-Vertreter. Engagierter Mit-Streiter. Und Kompromisse-Pfadfinder.

Das wussten sie auch im regierenden Berlin zu schätzen. Erst Gerhard Schröder, der den Ökonomieprofessor 1998 zum Abteilungsleiter für Wirtschafts- und Finanzpolitik im Kanzleramt machte und zu seinem „Sherpa", der ihn auf die Weltwirtschaftsgipfel begleiten sollte. Später Angela Merkel, die nach dem Machtwechsel nicht im Traum daran dachte, den parteilosen Spitzenbeamten auszuwechseln, der zu dieser Zeit schon in Brüssel die Fäden spann – als Generaldirektor im Sekretariat des EU-Ministerrats.

Gretschmann war dort für die Megathemen Binnenmarkt, Industriepolitik, Informationsgesellschaft, Energie, Forschung und Verkehr zuständig – und damit einer der mächtigsten Männer hinter Rats-Generalsekretär Javier Solana. Er verfügte über ein exzellentes internationales Netzwerk. Und er galt als ein wandelnder Vermittlungsausschuss, der permanent dafür sorgen musste, dass sich die Mitgliedstaaten in Wirtschaftsfragen auf eine gemeinsame Position einigen.

In der Politik hat der Quereinsteiger schnell erlebt, dass Dinge anders diskutiert und ausgehandelt werden als im Wissenschaftsbetrieb. „Kulturschock wäre vielleicht zu hoch gegriffen", erinnert sich Gretschmann, „aber ich war schon verblüfft, wie es zugeht." Es dauerte auch nicht lange, da war er selbst Gegenstand der Ränkespiele.

> Schnell war der Kanzlerberater selbst Gegenstand der Ränkespiele

Zwei Jahrzehnte war die prestigeträchtige Sherpa-Aufgabe im Finanzministerium angesiedelt. Und Oskar Lafontaine sah keinen Grund, daran etwas zu ändern. Da Gerhard Schröder aber eine dezidiert andere Auffassung von Wirtschaftspolitik hatte, wollte er mit dieser Tradition brechen. So kam es zu jener Sitzung, bei der Lafontaine zu Schröder sagte, es müsse noch eine Lösung in der Sherpa-Frage gefunden werden. Worauf der Basta-Kanzler ohne Diskussion entgegnete, die Entscheidung sei bereits gefallen: für Gretschmann, im Kanzler- →

Foto: Elias Hassos

→ amt. Fortan residierte der Sherpa in Zimmer 2-403, vis-à-vis von Schröder.

Es sei „der Beginn einer wunderbaren Freundschaft mit dem Aushandeln“ gewesen, so Gretschmann. Man muss wissen, dass die Ergebnisse dieser Gipfel-Spektakel, die in der Weltöffentlichkeit so viel Beachtung finden, weit im Vorfeld ausgehandelt werden. Nicht von den Regierungschefs der wichtigsten westlichen Industrieländer, sondern deren Fachleuten und Beratern. „Das Kommuniqué ist weitestgehend fertig, bis der Gipfel beginnt“, sagt Gretschmann. „Auf dem Treffen werden oft Themen diskutiert, die in der offiziellen Verlautbarung gar nicht auftauchen.“

Beim Verhandeln kommt es nicht wirklich auf die besseren Argumente an

Kurz nach dem rot-grünen Wahlsieg hatte Deutschland die Ratspräsidentschaft übernommen, was Schröder und Gretschmann vor echte Bewährungsproben stellte. Beim Weltwirtschaftsgipfel in Köln sprang immerhin eine erweiterte Schuldenerlass-Initiative heraus. Noch viel bemerkenswerter war allerdings, dass dies der letzte Gipfel ohne Krawalle war. „Wir haben den Demogruppen angeboten, von der anderen Seite mit Schlauchbooten über den Rhein zu setzen, begleitet von Fernsehkameras, und den wartenden Regierungschefs dort Petitionen zu überreichen.“ Darum blieb der dreitägige Gipfel friedfertig und die Atmosphäre unter den G8-Mächtigen entspannt. Gretschmann: „Wenn die Stimmung draußen schlecht ist, ist sie auch drinnen spürbar verkrampfter.“

Wie heftig es hinter den Kulissen beben kann, erlebt er bei den Etatverhandlungen des Europäischen Rats in Berlin. Zwei Nächte wird verhandelt. Die Franzosen wollen eine Prämie für Mutterkühe. Schröders Einwand: Das Abschlachten von Kälbern regt die deutschen Tierschützer auf. Aber mit Präsident Jacques Chirac, zu dem er einen engen persönlichen Draht hat, findet er eine Lösung. Politik ist immer ein Geben und Nehmen.

BESUCH VON DER INTERNATIONALEN HANDELSKAMMER: GERHARD SCHRÖDER (M.) UND KLAUS GRETSCHMANN (R.)

Oft genug hat Gretschmann beobachtet, dass es beim politischen Verhandeln nicht wirklich auf die besseren Argumente ankommt. Beim Gipfel in Okinawa etwa ging es um den Anbau genmanipulierter Pflanzen. Die USA, Kanada und Großbritannien waren – aus wirtschaftlichem Eigeninteresse – starke Verfechter. Wir kriegen sonst die wachsende Weltbevölkerung nicht ernährt, schob Bill Clinton als Argument vor. Schröder, der wie die vier übrigen Regierungschefs die Risiken der Gentechnik für zu hoch hielt, entgegnete dem US-Präsidenten: Mag sein, Bill, aber wer sind die größten Hersteller dieses Saatguts und damit die Profiteure? Schließlich warfen die Amerikaner – wie so oft beim Aushandeln auf Gipfeln – ihr einzigartiges Gewicht in die Waagschale: Wenn ihr nicht mitzieht, machen wir das eben allein. So kam es auch. Wo die Macht des Stärkeren greift, enden Argumente.

> Amerikaner sind tough, Russen unflexibel, die Deutschen ziemliche Softies

In schlauen Lehrbüchern übers Verhandeln steht, dass man nicht nur den im Vordergrund stehenden Verhandlungsgegenstand betrachten darf. Vielmehr sollte man möglichst viele Interessen herausfinden, die hinter Forderungen und Positionen stecken. Das vergrößere den Spielraum, um zu einem für beide Seiten befriedigenden Ergebnis zu kommen.

Gretschmann hat sein Leben lang nie ein solches Lehrbuch gelesen und auch kein Verhandlungstraining gemacht. Zum einen, weil er kommunikativ sehr geschickt ist und mit seiner umgänglichen, ja geselligen Art Leute für sich einzunehmen weiß. Zum anderen, weil er durch eine ganz praktische Schule gegangen ist, manchmal auch aufs Kreuz gelegt wurde und seine Schlüsse daraus gezogen hat.

„Als Berater von EU-Kommission und Weltbank, mehreren Nationalbanken und der OECD habe ich gelernt, wie das Spiel läuft“, sagt er mit fröhlichen Augen. Und amüsiert sich fast schon darüber, wie ihn sein Freund Jean-David Levitte, seinerzeit Sherpa von Chirac, einst foppte. Aus gegensätzlichen Standpunkten formulierten sie nach langem Hin und Her eine gemeinsame Kompromisslinie, „so, dass wir alle dachten, die Franzosen stünden bei der Abstimmung auf unserer Seite“. Als es dann zum Schwur kam, ließ Levitte ihn hängen: „Da hast du was falsch verstanden“, sagte er zu Gretschmann. Und stimmte mit der Gegenseite. Beim politischen Verhandeln unterliegen Freundschaften taktischem Kalkül und sind bisweilen flüchtig.

Rechts blinken und links abbiegen – das ist in der Politik eine nicht unübliche Fahrweise. Mitunter steuern Politiker international auch anders als zu Hause. Gretschmann verdeutlicht das am Beispiel der Mehrwertsteuer-Harmonisierung in Europa. Da Helmut Kohls damaliger Finanzminister Theo Waigel Geld für den Bundeshaushalt benötigte, habe er sich in Brüssel dafür stark gemacht und auf eine einprozentige Steuererhöhung in Deutschland spekuliert. Zurück aus Brüssel habe er versichert, gegen jegliche Mehrwertsteuererhöhung gekämpft zu haben wie ein Löwe. Aber leider, leider sei er überstimmt worden.

Diese Sündenbock-Strategie gehört zum gängigen Verhandlungsrepertoire. In der Instrumentenkiste des politischen Aushandelns liegen auch bewährte Kompromiss-Utensilien. Vereinbarungen werden zeitlich gestreckt (gerade wieder zu beobachten in der Griechenlandkrise, wo das Wort Schuldenschnitt vermieden wird und Rückzahlungen – provokant gesagt – ins nächste Jahrhundert verlagert werden). Oder Ergebnisse beruhen auf der stillen Zusicherung: Ihr habt bei uns noch was gut. Verrechnet wird bei nächster Gelegenheit.

Im Laufe seiner Politkarriere hat Gretschmann auch unterschiedliche Aushandlungskulturen ausgemacht. Die Amerikaner, stets sehr gut informiert, seien „tough“ und „lassen dich auch mal eiskalt auflaufen“. Die Russen schildert er als „sehr unflexibel“, die Franzosen als „von oben nach unten gesteuert“. Selbstkritisch ist seine Sicht auf die Deutschen, die ziemliche Softies seien. „Wir wollen geliebt werden und geben am Ende nach.“ Ähnlich wie die Japaner. „Das hat wahrscheinlich mit unserer Geschichte zu tun“, mutmaßt Gretschmann.

Nach seiner Sherpa-Zeit vertrat er elf Jahre deutsche Interessen in Brüssel, war aber auch darauf bedacht, dass die europäische Idee im nationalen Gebalge nicht geopfert wird. Mitte 2011 war Schluss. Bei seinem Abschied hatte er Vertraute über Nationen- und Parteigrenzen hinweg. Und Verbindungen, die ihm bis heute das Geschäft als Berater erleichtern.

Gretschmann publiziert jetzt wieder mehr, über Wirtschaftsthemen genauso wie über die Europapolitik. Und er ist immer noch viel unterwegs – als Präsident von CATE, einem „kleinen, aber feinen Netzwerk“ von EU-Experten verschiedenster Fachrichtungen und Nationalitäten. Dabei geht es ihm darum, Europas Werte und Ideen zu fördern. „Europäische Identität braucht Identi-Täter“, sagt er. Aushandeln muss er die Dinge, die ihm politisch am Herzen liegen, heute nicht mehr. Nur so verkaufen, dass die Entscheider sie sich zu eigen machen.

AUTOR Anton Notz ist Chefredakteur des Magazins 51°

Foto: BPA/ullstein bild

AUS UNSEREN PROJEKTEN

DIE LAGE DER KULTURELLEN BILDUNG, WEGE FÜR DIE ENERGIEWENDE, EIN VORURTEILSFREIER EUROPADIALOG UND BILDUNGSCHANCEN FÜR ALLE – NUR IN KONSTRUKTIVEN AUSHANDLUNGSPROZESSEN MIT UNSEREN PARTNERN KÖNNEN WIR UNSERE ZIELE ERREICHEN: VIER BEISPIELE

KULTURELLE BILDUNG

LAGE BESCHREIBEN UND BEWERTEN

Wie steht es um Lage und Qualität der kulturellen Bildung in Deutschland? Dies umfassend zu beleuchten und zu bewerten ist Aufgabe des Rates für Kulturelle Bildung, der von sieben Stiftungen im Verbund gefördert wird. Aushandeln ist hier doppelt wichtig: Zum einen müssen sich die 13 unabhängigen Experten, die aus unterschiedlichen Bereichen in Wissenschaft, Praxis, Kunst und Bildung stammen, auf gemeinsame Positionen einigen. Zum anderen sind ihre Empfehlungen ein Beitrag für die öffentliche Diskussion sowie bildungspolitische Entscheidungsprozesse.

→ *rat-kulturelle-bildung.de*

EIN ZIEL: DIE POTENZIALE DER KULTURELLEN BILDUNG BESSER NUTZEN

EUROPA

DIALOG OHNE VORURTEILE FÜHREN

Flüchtlingsströme, Griechenland-Krise, Kriegsschauplatz Ostukraine – die Einheit und die Werte Europas werden zurzeit bis an die Belastungsgrenze strapaziert. Es gilt daher, Verzagtheit und Vorurteilen entgegenzuwirken und sich über kulturelle und psychologische Grenzen hinweg neu über Europa zu verständigen. Dieser Leitgedanke steckt hinter dem RUB Europadialog, einem Promotionsnetzwerk am Institut für Deutschlandforschung der Ruhr-Universität Bochum (RUB). Dieses Netzwerk führt 18 junge Wissenschaftler, vor allem aus Deutschland und Südeuropa, für drei Jahre zusammen. In internationalen Sommerkursen und Workshops diskutieren sie ihre Forschungsergebnisse und suchen nach gemeinsamen Lösungswegen aus der Krise. Ziel ist es, Europa zivilgesellschaftlich mitzugestalten und Lernprozesse anzustoßen.

→ *ruhr-uni-bochum.de*

INTEGRATION

BILDUNG BESSER VERNETZEN

Gemeinsam die Bildungslandschaft in der Metropole Ruhr verbessern – das ist das Ziel der Bildungsinitiative RuhrFutur. Ihr gehören 15 Partner an: je fünf Kommunen, Hochschulen und Ressorts der Landesregierung. Die seit 2012 bestehende Initiative will Kindern und Jugendlichen in der Metropole Ruhr unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft gleichermaßen gute Chancen auf Bildungszugang, -teilhabe und -erfolg ermöglichen. Hierfür nehmen vier Netzwerke, begleitet von einer Steuerungsgruppe, die vier Bildungsstationen Kindertagesstätte, Grundschule, Sekundarstufe und Hochschule genauer in den Blick. Als zentrale Plattform bindet RuhrFutur bereits bestehende Bildungsinitiativen ein, vernetzt diese miteinander und regt so Weiterentwicklungen an. In einem ständigen Aushandlungsprozess erarbeiten die beteiligten Akteure gemeinsame Ziele, Wege sowie Indikatoren für das Messen und Bewerten der Ergebnisse. So werden insbesondere der Wissens- und Erfahrungstransfer verbessert und Erkenntnisse allgemein zugänglich gemacht.

→ *ruhrfutur.de*

KLIMAWANDEL

ENERGIEWENDE KLUG UMSETZEN

Soll eine nahezu vollständige Dekarbonisierung der Stromversorgung bis 2050 gelingen, braucht es eine offene und verbindliche Debatte zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Diesen Prozess organisiert die unabhängige Denkwerkstatt Agora Energiewende. Sie bringt Entscheidungsträger aus allen gesellschaftlichen Bereichen zusammen, um über das „Wie" der Energiewende zu beraten. Ziel ist es, eine wissenschaftlich fundierte Basis und gemeinsame Lösungswege für eine kluge Umsetzung zu schaffen – so, dass die Energiewende ein Erfolg für alle wird.

→ *agora-energiewende.de*

WINDENERGIE: WICHTIGSTE REGENERATIVE ENERGIEQUELLE IN DEUTSCHLAND

AUSFÜHRLICHE INFORMATIONEN

zu unseren Projekten sowie allgemein zu unserer Strategie, unseren Zielen und unserer Arbeitsweise finden Sie unter
→ stiftung-mercator.de

Fotos: Christel Fetzer/Forum K&B

IMPRESSUM

51°

DAS MAGAZIN DER STIFTUNG MERCATOR
AUSGABE 2.2015

HERAUSGEBER
Stiftung Mercator GmbH
Huyssenallee 46
45128 Essen
Tel. +49 201 2 45 22 – 0
Fax +49 201 2 45 22 – 44
www.stiftung-mercator.de

VERANTWORTLICH
Christiane Duwendag
Dr. Gritje Hartmann

REDAKTION
Cathrin Sengpiehl,
Stiftung Mercator
Andreas Lang,
C3 Creative Code and Content

KONZEPT UND LAYOUT
C3 Creative Code and Content GmbH, Berlin

DRUCK
Gallery Print GbR, Berlin

ClimatePartner° klimaneutral
Druck | ID 10907-1510-1003

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C100629

VOM LEBEN

Dein Leben ist
dir nur geliehn -
du sollst nicht
daraus Vorteil ziehn.

Du sollst es ganz
dem andern weihn -
und der kannst nicht
du selber sein.

Der andre, das bin ich,
mein Lieber -
nun komm schon
mit den Kohlen rüber.

Robert Gernhardt, geboren 1937 in Tallinn, studierte Malerei und Germanistik, war Redakteur des Satiremagazins „Pardon“ und als Mitbegründer der Zeitschrift „Titanic“ ein Wegbereiter der „Neuen Frankfurter Schule“. Untrennbar verbunden ist sein Name mit Otto Waalkes, dessen Bücher er herausgab. Robert Gernhardt zählt zu den wichtigsten deutschen Lyrikern. Er verstarb 2006.

Gedicht: Robert Gernhardt, Vom Leben. Aus: ders., Gesammelte Gedichte 1954–2006.
© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2008, S. 92